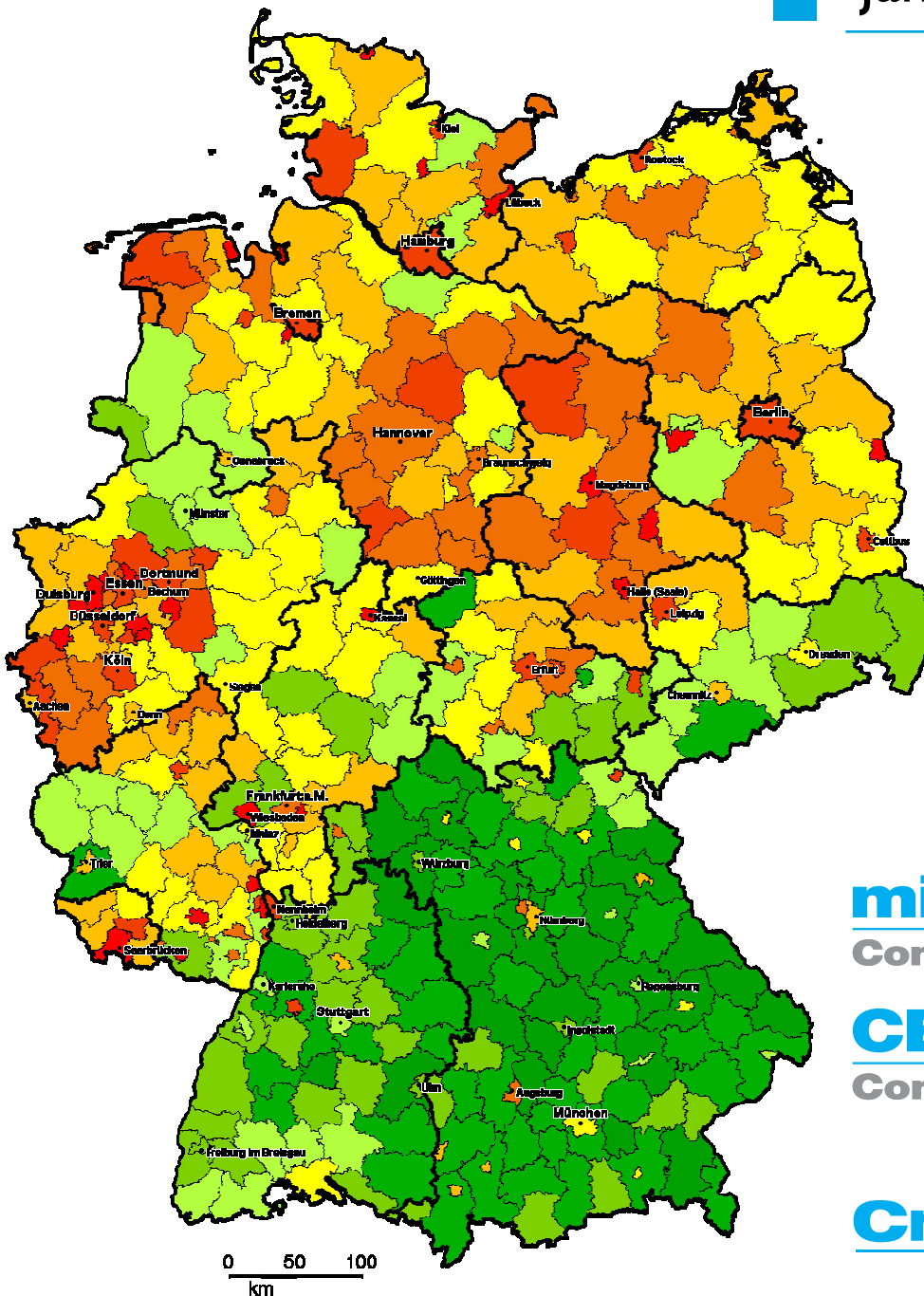


SchuldnerAtlas Deutschland

■ Jahr 2008



microm
Consumer Marketing

CEG
Consumer Reporting


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	1
1.1	Die Entwicklung 2004 bis 2008	4
1.2	Überschuldung nach Bundesländern	9
1.3	Überschuldung nach Kreisen und kreisfreien Städten	11
1.4	Exkurs: Statistischer Rückgang der Verbraucherinsolvenzverfahren – Bedarfsrückgang oder Beratungsverknappung?	17
1.5	Überschuldung und Schuldner nach MOSAIC Milieus®	19
2	Überschuldung von Verbrauchern im internationalen Vergleich	24
2.1	USA: Amerikanische Verbraucher in der Immobilienkrise	24
2.2	Direkte und indirekte Folgewirkungen der amerikanischen Immobilienkrise	29
2.3	Synopse: Überschuldung und Überschuldungsrisiken in den USA und Großbritannien	32
3	Überschuldungsrisiken im konjunkturellen Umfeld	40
3.1	Inflation, Energiekrise und steigende Lebenshaltungskosten	41
3.2	Prekäre Arbeit, Altersarmut und Überalterung der Gesellschaft	45
3.3	Einordnung und „Blick in die Zukunft“	49
4	Zusammenfassung	52
	Quellen	54

■ 1 **Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland**

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht im sechsten Jahr in Folge, wie sich die Überschuldung privater Verbraucher innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden monatlichen Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen.

Mit Hilfe der Schuldnerquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit so genannten Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden. Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Haftanordnungen zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und Privatpersoneninsolvenz), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Diese Daten basieren auf negativen Zahlungserfahrungen der Poolteilnehmer der CEG Creditreform Consumer GmbH, einem Tochterunternehmen von Creditreform.

Die Überschuldungssituation von Verbrauchern in Deutschland hat sich seit dem Vorjahr aufgrund der bis ins Frühjahr 2008 stabilen Konjunktursituation spürbar entspannt. Die Schuldnerquoten sind mit einem zeitlichen Versatz von rund zwei Jahren insbesondere durch die Entspannung auf dem Arbeits- und Beschäftigungsmarkt gesunken, da die Arbeitslosigkeit zwischen Februar 2005 (5,2 Millionen Arbeitslose – Quote 11,7 Prozent) und Oktober 2008 (3,0 Millionen – 7,2

Geographische Verteilung von Überschuldung

Schuldnerquoten und Negativmerkmale

2008: Spürbare Entspannung der Überschuldungssituation

Rückgang der Verbraucherinsolvenzen

Prozent) um über vier Prozentpunkte abgenommen hat. Zudem meldeten 2008 erstmals seit Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens 1999 / 2001 weniger Privatpersonen Insolvenz an als in einem Vorjahr. Die Gründe liegen hierfür aber weniger in einem realen Rückgang des Bedarfs, als vielmehr in einer Überlastung der Schuldnerberatungsstellen und Kürzungen bei den Beratungsmaßnahmen.

Aber: Keine nachhaltige Entspannung bei der Überschuldungsentwicklung

Allerdings zeigen viele Indikatoren, dass bei der Überschuldungsentwicklung von einer nachhaltigen Entspannung oder Entwarnung keine Rede sein kann. Diese Einschätzung ergibt sich insbesondere vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise und der im Laufe von Frühjahr und Sommer 2008 zunehmenden konjunkturellen Abkühlung, verbunden mit drastischen Rohstoff- und Energiepreiserhöhungen und einer Stagnation der Realeinkommen. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Spätestens ab August 2008 machte das Gespenst einer Rezession die Runde in Politik, Wirtschaft und Medien.

Konjunktur zwischen Inflationspanik, Rezessionsangst und Krisenrhetorik

Amerikanische Immobilienkrise: Drama von historischem Ausmaß

Die internationale Finanzkrise – Hauptthema der letzten Monate – griff, aufgrund der starken Vernetzung der internationalen Finanzmärkte in einer Kettenreaktion (Domino-Effekt) vom US-amerikanischen Immobilienmarkt ausgehend, auf das globale Finanzsystem über. 2008 verging kaum ein Tag ohne Hiobsbotschaften aus dem internationalen Bankensektor. Die spezifischen Eigenheiten des amerikanischen Immobilien- und Finanzsystems (vereinfacht formuliert: leichtsinnige Kreditannahme durch die Konsumenten – laxe Kreditvergabe durch die Kreditinstitute) führten etwa seit dem Jahr 2000 zu einer Spekulationsblase, deren Zerplatzen seit Mitte 2007 weltweit zu dramatischen konjunkturellen Folgeschäden führte. Vielfach wird befürchtet, dass der pandemische „Subprime Virus“ in den USA auch zu einem Anstieg von Zahlungsausfällen bei erstklassigen Hypotheken, Konsumentenkrediten, Kreditkarten und Pkw-Krediten führen wird. Wer seine Immobilienschulden nicht begleichen kann, gerät auch bei seinen Kreditkarten- und Konsumschulden ins Hintertreffen. Dies auch, da „Basel II“ mit strengeren

Kreditprüfungsrichtlinien in den USA erst ab 2009 zu greifen beginnt.

Der mit der Finanzkrise einhergehende Vertrauensverlust in das Finanzsystem führte die Weltwirtschaft an den Rand eines Zusammenbruchs, da zu befürchten stand, dass die Kreditversorgung der „Realwirtschaft“ nicht mehr gewährleistet wäre. Weltweit versucht die Politik in einer konzertierten Aktion, der Krise Herr zu werden und ein weiteres Übergreifen auf die Realwirtschaft zu verhindern. In Deutschland beschloss das Bundeskabinett am 13. Oktober 2008 die Einrichtung eines „Rettungsfonds“, und selbst ein staatliches Konjunkturprogramm zur Stabilisierung der bundesdeutschen Wirtschaft scheint weiterhin möglich.

Die vorliegende Analyse auf der Basis des Daten- und Kartenmaterials der Creditreform Tochterfirmen CEG Creditreform Consumer GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss) zeigt die Entwicklung der Schuldnerquoten für die Jahre 2004 bis 2008 in Deutschland, in den 16 Bundesländern und in einem Ranking nach Kreisen und kreisfreien Städten.

Kapitel zwei befasst sich mit den direkten und indirekten Folgewirkungen der weiterhin virulenten Finanzkrise, die als Überschuldungskrise privater Verbraucher begonnen hat und wieder dort mündet, und zeigt in diesem Zusammenhang ausgewählte Referenzdaten zur Überschuldungssituation in den USA und in Großbritannien. Kapitel drei untersucht weitere mittelbare Verschuldungsrisiken resp. sekundäre Überschuldungsauslöser (z.B. „Energiekrise“ mit steigenden Heiz- und Mobilitätskosten), die im Wirkungsgeflecht globaler Entwicklungen (u.a. Inflation und konjunkturelle Abkühlung) Einfluss auf die Liquidität nicht nur der bundesdeutschen Verbraucher haben und in Zukunft verstärkt haben werden.

Die Weltwirtschaft in der globalen Vertrauenskrise

Untersuchungsstruktur

Folgewirkungen der Finanzkrise

Mittelbare Überschuldungsauslöser

1.1 Die Entwicklung 2004 bis 2008

**2008: 6,87 Mio.
überschuldete Personen
in Deutschland**

2008: Aufwärtstrend gestoppt

**Saldo 2004 / 2008:
Weiterhin negativ**

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland hat im Vergleich zum Vorjahr spürbar abgenommen. Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2008 eine Schuldnerquote von 10,11 Prozent gemessen. Damit sind rund 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Im Vergleich zu 2007 hat sich die Anzahl an Schuldnern um rund 470.000 Personen verringert (- 6,4 Prozent). Nach Jahren teilweise deutlicher Anstiege (2004 zu 2005: + 7,3 Prozent; 2005 zu 2006: + 2,4 Prozent; 2006 zu 2007: + 2,1 Prozent) ist der kontinuierliche Aufwärtstrend der Überschuldungsentwicklung (vorerst) gestoppt. Allerdings sollte angesichts der Risiken der globalen Wirtschaftsentwicklung vor Euphorie gewarnt werden.

Im Vergleich zwischen den Jahren 2004 und 2008 ist weiterhin eine Verschlechterung um insgesamt rund 330.000 überschuldete Personen (+ 5,1 Prozent) zu verzeichnen. Nach überschlägigen Berechnungen gelten 2008 somit rund 3,3 Millionen Haushalte als überschuldet oder nachhaltig zahlungsgestört (2007: 3,5 Millionen / 2004: 3,1 Millionen). Im Fünfjahresvergleich ist der etwas stärkere Anstieg bei der Betroffenheit nach Haushalten (2004 / 2008: + 6,6 Prozent) auch auf die stärkere Zunahme von Ein-Personen-Haushalten zurückzuführen.

Tab. 1.: Schuldnerquoten in Deutschland 2004 bis 2008

■	Einwohner	> 18 Jahre	Schuldner	Schuldnerquote
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%
2008 *)	82,29 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%

*) Quelle für Einwohner-Daten ab 2008: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2025, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007, Wiesbaden.

Bei einer Analyse der Überschuldungssituation nach West-/Ostdeutschland zeigt sich der Trend der Vorjahre: Überschuldung ist weiterhin kein alleiniges Problem

der so genannten „neuen Bundesländer“, wie vielleicht zu vermuten wäre. Die Schuldnerquote liegt in diesen Bundesländern (10,30 Prozent, ohne Berlin) nur noch geringfügig höher als im Westen Deutschlands (10,07 Prozent). Außerdem hat die Überschuldung im Osten Deutschlands 2008 stärker abgenommen (- 1,20 Prozentpunkte) als im Westen (- 0,65 Prozentpunkte). Darüber hinaus nehmen die ostdeutschen Bundesländer Sachsen (seit 2004) und Thüringen (seit 2007) im Länder-Ranking weiterhin und mit deutlichem Abstand zum nächstfolgenden Bundesland Rheinland-Pfalz die Plätze Drei und Vier ein.

In der Analyse der Postleitzahlbereiche zeigt sich zudem, dass Räume im Nordosten Deutschlands (PLZ-Bereiche 0 und 1) im Jahresvergleich die größten Verbesserungen der Schuldnerquote (11,04 Prozent; - 1,18 Prozentpunkte) aufweisen, gefolgt vom Norden (PLZ-Bereiche 2 und 3: 11,03 Prozent; - 0,79) und dem Südosten (PLZ-Bereiche 8 und 9: 7,50 Prozent; - 0,60). Am Ende des Verbesserungsrankings rangieren der Westen (PLZ-Bereiche 3 und 4: 11,41 Prozent; - 0,59) und der Südwesten (PLZ-Bereiche 6 und 7: 9,06 Prozent; - 0,56).

Insgesamt sind 2008 im Osten Deutschlands rund 1,17 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Westen sind es rund 5,70 Millionen Personen. Die Schuldnerzahl liegt in den neuen Bundesländern 2008 somit (auch wegen des Bevölkerungsrückgangs) unter den Werten von 2004. Hierbei ist trotz aller Entspannungstendenzen weiterhin ein Süd-Nord-Gefälle festzustellen, wie insbesondere die Analyse nach Bundesländern zeigen wird. Generell muss konstatiert werden, dass die durchschnittliche Schuldenhöhe in den alten Bundesländern weiterhin deutlich höher ausfällt als in den neuen Ländern. Allerdings passen sich auch in diesem Kontext Lebensrealitäten und Konsumgewohnheiten der ostdeutschen Bürger denen der westdeutschen immer mehr an – wenn auch vor dem Hintergrund eines unsicheren Arbeitsmarktes und einer stärker ausgeprägten Einkommensarmut.

Spreizung der Schuldnerquoten zwischen Ost und West verringert sich weiter

Überschuldung nimmt im Nordosten Deutschlands 2008 am stärksten ab

5,70 Mio. Schuldner im Westen – 1,17 Mio. Schuldner im Osten

Tab. 2.: Schuldnerquoten in West- und Ost-Deutschland 2004 bis 2008

■	Schuldner (in Mio.)					Schuldnerquote				
	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
alte Bundesländer*)	5,35	5,74	5,90	6,02	5,70	9,59%	10,27%	10,55%	10,72%	10,07%
neue Bundesländer	1,19	1,27	1,29	1,31	1,17	10,50%	11,16%	11,35%	11,50%	10,30%
Deutschland	6,54	7,02	7,19	7,34	6,87	9,74%	10,43%	10,68%	10,85%	10,11%
Spreizung zwischen Ost und West (in Prozentpunkten)						0,91	0,89	0,80	0,78	0,23

*) einschließlich Berlin.

Unterschiede zwischen Ost und West bleiben bestehen, verringern sich aber

Der Grund: Haushalte aus den alten Bundesländern bewegen sich deutlich länger im Schuldenkarussell als Haushalte aus den neuen Bundesländern und die Außenstände bewegen sich oft spiralförmig nach oben. Zudem sind gerade Haushalte aus den alten Bundesländern in Erwartung einer stabilen Erwerbsbiografie umfassendere finanzielle Verpflichtungen eingegangen. Ganz generell und nachvollziehbar gilt als Trendaussage: Je höher das Alter des Schuldners, desto höher die Summe seiner Verbindlichkeiten. Dies auch, da ältere Schuldner vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen auch häufig höhere Verbindlichkeiten eingegangen sind (s. hierzu Statistisches Bundesamt, Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen, Oktober 2008)

Das Gesamtschuldenvolumen liegt 2008 zwischen 195 und 253 Milliarden Euro

Angesichts des Rückgangs der Überschuldungszahlen kann 2008 auch von einer Verringerung des Schuldenvolumens ausgegangen werden. Die in verschiedenen Publikationen genannten durchschnittlichen individuellen Schuldenvolumina weisen (unter Berücksichtigung der verschiedenen Verbindlichkeitsformen¹) eine große Spannweite auf. So hat das Statistische Bundesamt 2007 auf der Grundlage einer Befragung von 124 Schuldnerberatungsstellen einen mittleren Schuldenbetrag von rund 36.800 Euro ermittelt. Der iff-Überschuldungsreport 2007 hat auf der Grundlage von rund 3.000 Überschuldungsfällen ein arithmetisches Mittel des Schuldenvolumens in Höhe von etwa 28.400 Euro errechnet. Werden diese Werte bei einer Berechnung auf alle überschuldeten Personen in Deutschland

¹ Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Hypotheken, Immobilien, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z.B. auch für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).

übertragen, lässt sich ein jahresspezifisches Schuldenvolumen bestimmen. Wird dabei die gleiche Berechnungsmethodik wie im Vorjahr zu Grunde gelegt, ergibt sich ein Schuldenvolumen zwischen 195 und 253 Mrd. Euro.

Tab. 3.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2004 bis 2008 – zwei Hochrechnungen

■ Jahr	Schuldner	Schuldenvolumen *) nach Werten von	
		Statistisches Bundesamt	iff 2007
2004	6,54 Mio.	241 Mrd. €	186 Mrd. €
2005	7,02 Mio.	259 Mrd. €	199 Mrd. €
2006	7,19 Mio.	265 Mrd. €	204 Mrd. €
2007	7,34 Mio.	271 Mrd. €	208 Mrd. €
2008	6,87 Mio.	253 Mrd. €	195 Mrd. €

*) bei konstanter Schuldenhöhe

Bei einer ersten Entwicklungsbewertung sind zwei Einordnungen zu beachten: Erstens ist der nominelle Rückgang der Schuldnerquote weitestgehend auf diejenigen Personengruppen zurückzuführen, die durch die Wiederaufnahme von Beschäftigungsverhältnissen in die Lage versetzt wurden, ihren Schuldendiensten nachzukommen bzw. diese abzubauen. Zweitens zeigen die Daten – und dies ist der bedenklichere Trend -, dass diejenigen Personen, die weiterhin überschuldet sind, mehr und weitere Überschuldungsindikatoren aufweisen. Man kann vereinfacht formuliert von einer individuellen Überschuldungsverdichtung resp. Erhöhung und Verhärtung der Verbindlichkeitsstrukturen sprechen.

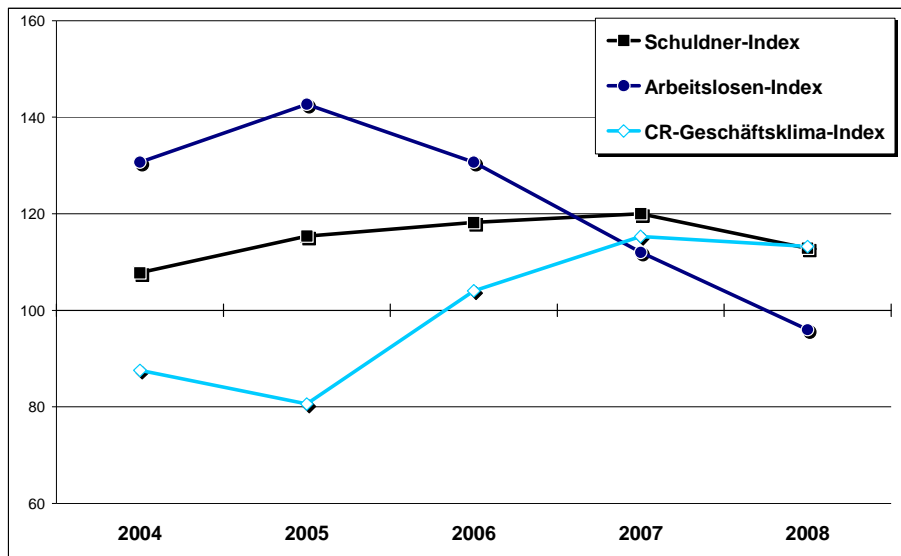
**Entwicklungsbewertung:
Rückgang durch Beschäftigungsanstieg – individuelle Überschuldungsverdichtung**

Die Schuldnerquote in Deutschland ist mit einer zeitlichen Verzögerung von rund zwei Jahren auf den Beginn des Rückgangs der Arbeitslosenquote rückläufig. Die Arbeitslosigkeit hatte sich in zeitlichem Gleichklang mit der Konjunkturbelebung ab 2005 / 2006 deutlich verringert. Eine erste Trendumkehr der Überschuldungssituation konnte schon im letzten Jahr in Form einer Abnahme der Anstiegshöhe der Schuldnerquote beobachtet werden. Perspektivisch ist davon auszugehen, dass ein (Wieder-)Anstieg sich schneller vollziehen wird als eine Abnahme der Überschuldung resp. der Schuldnerquoten. Dies nicht zuletzt, da Überschul-

Zeitlicher Versatz des Rückgangs von zwei Jahren – Wiederanstieg erfolgt schneller

dungsprozesse zwar oft durch singuläre Auslöser (Arbeitslosigkeit, Scheidung / Trennung) verursacht werden, dann aber langwierige Folgewirkungen zeitigen („Schuldenspirale“). In einer Gesamtsicht kann 2008 trotz vieler positiver Entwicklungen in der Überschuldungsstruktur in Deutschland nur von einer temporären Entspannungsphase gesprochen werden, deren Nachhaltigkeit sich angesichts der globalen Konjunktur- und Wirtschaftslage erst wird beweisen müssen, wie auch die Folgekapitel zeigen werden.

Tab. 4.: Entwicklung von Überschuldung, Konjunktur und Arbeitslosigkeit 2004 bis 2008*)



*) Quelle für Arbeitslosigkeit: EUROSTAT. Werte für Arbeitslosigkeit 2008 = August 2008. Normierte Werte: 2000 = 100.

1.2 Überschuldung nach Bundesländern

Die Detailanalyse der 16 Bundesländer spiegelt die insgesamt positive Entwicklung der Überschuldungssituation² 2008 wider. Alle Bundesländer weisen einen Rückgang der Schuldnerquoten auf. 2008 verbleiben wieder vier Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen) unterhalb der Schuldnerquote für ganz Deutschland. Im positiven Sinne führend sind 2008, wie in den Vorjahren, Bayern mit 7,28 Prozent (Verbesserung: - 0,51 Prozentpunkte) vor Baden-Württemberg mit 7,65 Prozent (- 0,49) und Sachsen mit 9,10 Prozent (- 0,91) auf Platz Drei. Thüringen (9,72 Prozent; - 1,18) verbleibt 2008 auf Rang Vier. Sachsen und Thüringen verbessern sich hierbei überdurchschnittlich.

Positiv-Spitzenreiter bleibt Bayern vor Baden-Württemberg und Sachsen

In einer Gesamtsicht verbessern sich dem Ost-West-Trend entsprechend mehr ostdeutsche (alle fünf; mittlere Abweichung: - 1,20 Prozentpunkte) als westdeutsche Bundesländer (drei von elf; mittlere Abweichung: - 0,64 Prozentpunkte). Die im Jahresvergleich größten Verbesserungen der Schuldnerquote weisen Brandenburg (10,45 Prozent; - 1,46 Prozentpunkte; Rang Sieben), Mecklenburg-Vorpommern (10,85 Prozent; - 1,32; Rang Neun), Sachsen-Anhalt (12,40 Prozent; - 1,33; Rang 14) und Berlin (13,96 Prozent; - 1,29; Rang 15) auf.

Ostdeutsche Bundesländer weisen einen stärkeren Rückgang auf

Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (14,72 Prozent; - 0,78 Prozentpunkte), Berlin (13,96 Prozent; - 1,29) und Sachsen-Anhalt (12,40 Prozent; - 1,33), wobei sich Berlin und Sachsen-Anhalt deutlich überdurchschnittlich verbessern. Die im Jahresvergleich geringsten Verbesserungen der Schuldnerquote weisen das Saarland (12,20 Prozent; - 0,48; Rang 13), Baden-Württemberg (7,65 Prozent; - 0,49; Rang Zwei) und Bayern (7,28 Prozent; - 0,52; Rang Eins) auf.

Schlusslichter: Bremen vor Berlin und Sachsen-Anhalt

²

Die Überschuldungssituation wird auf der Zahlenebene mittels Gruppeneinteilung und bei der kartografischen Darstellung mittels farblicher Hervorhebungen strukturiert. So werden der Anteil überschuldeter Privatpersonen bzw. die Schuldnerquoten in Gruppen eingeteilt. Diese reichen von Gruppe 1 (bis zu 6 Prozent = sehr geringe Überschuldung) bis zu Gruppe 9 (über 14 Prozent = sehr hohe Überschuldung). Diese Einstufung ist im Kartenmaterial in Form von unterschiedlichen Grün-, Gelb- und Rotschattierungen wieder zu finden, die sich am „Ampelmotiv“ orientieren. Die Färbungen stellen die Schuldnerquote von gering (grün) bis hoch (rot) dar.

Tab. 5.: Ranking Schuldnerquoten in den Bundesländern 2004 bis 2008

■ Bundesland	Schuldner (in Mio.)					Schuldnerquoten				
	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
Bayern	0,72	0,77	0,77	0,79	0,74	7,19%	7,64%	7,70%	7,79%	7,28%
Baden-Württemberg	0,64	0,68	0,69	0,70	0,67	7,50%	7,95%	8,06%	8,14%	7,65%
Sachsen	0,33	0,35	0,36	0,37	0,33	8,95%	9,51%	9,76%	10,01%	9,10%
Thüringen	0,20	0,21	0,21	0,22	0,19	10,01%	10,70%	10,82%	10,90%	9,72%
Rheinland-Pfalz	0,33	0,35	0,36	0,36	0,34	10,13%	10,72%	10,89%	10,96%	10,24%
Hessen	0,48	0,51	0,53	0,55	0,51	9,57%	10,29%	10,62%	10,91%	10,27%
Brandenburg	0,24	0,25	0,26	0,26	0,23	11,20%	11,79%	11,87%	11,91%	10,45%
Niedersachsen	0,65	0,71	0,72	0,74	0,69	10,13%	10,98%	11,23%	11,39%	10,62%
Mecklenburg-Vorpommern	0,17	0,18	0,18	0,18	0,16	11,50%	12,30%	12,31%	12,18%	10,85%
Schleswig-Holstein	0,25	0,27	0,27	0,28	0,26	10,82%	11,69%	11,97%	12,06%	11,18%
Nordrhein-Westfalen	1,56	1,68	1,74	1,79	1,72	10,68%	11,50%	11,92%	12,22%	11,65%
Hamburg	0,16	0,18	0,18	0,19	0,18	10,88%	12,05%	12,70%	12,88%	12,05%
Saarland	0,10	0,10	0,11	0,11	0,11	11,05%	11,80%	12,50%	12,67%	12,20%
Sachsen-Anhalt	0,26	0,28	0,28	0,29	0,26	12,22%	13,04%	13,43%	13,73%	12,40%
Berlin	0,40	0,42	0,43	0,44	0,41	14,02%	14,79%	15,20%	15,25%	13,96%
Bremen	0,07	0,08	0,08	0,09	0,08	13,35%	14,59%	15,26%	15,50%	14,72%
Deutschland	6,54	7,02	7,19	7,34	6,87	9,74%	10,43%	10,68%	10,85%	10,11%

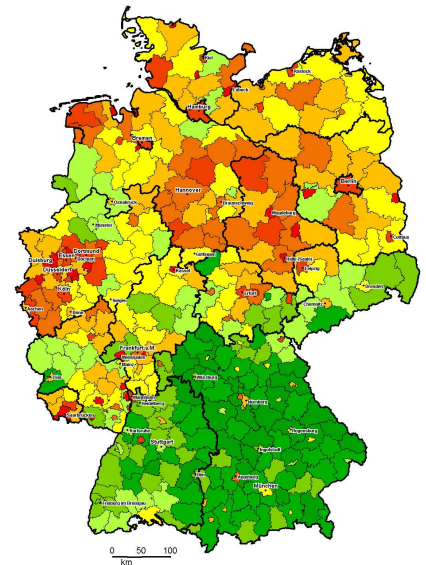
2004 bis 2008: Nur vier Bundesländer verbessern sich

Im Zeitraumbereich 2004 bis 2008 weisen nur vier von 16 Bundesländern eine Verbesserung der Überschuldungssituation von Privatpersonen auf (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin). Alle anderen Bundesländer verzeichnen eine Erhöhung der Schuldnerquoten, wobei Bremen (+ 1,37 Prozentpunkte), Hamburg (+ 1,17), das Saarland (+ 1,15), Nordrhein-Westfalen (+ 0,97), Hessen (+ 0,70) sowie Niedersachsen (+ 0,49) überdurchschnittliche Anstiege zu verzeichnen haben.

1.3 Überschuldung nach Kreisen und kreisfreien Städten

Die Analyse der Überschuldungssituation in Deutschland zeigt auf Basis der 413 Kreise und kreisfreien Städte³ ein nochmals deutlich differenzierteres Bild der 2008 insgesamt positiven Überschuldungsentwicklung, die sich im Vorjahr schon angedeutet hatte. Neben den Schuldnerquoten dienen hierbei wie in den Vorjahren zwei Indikatoren zur Bewertung der Entwicklungsrichtung von Überschuldungsprozessen: a) die Spannweite zwischen der niedrigsten und der höchsten gemessenen Schuldnerquote (Spreizung) sowie b) die vergleichende Gegenüberstellung der geographischen Räume mit niedriger, mittlerer und hoher Überschuldung. Als Faustregel für alle weiteren Analysen gilt hierbei: Je kleinräumiger die Untersuchungsperspektive, desto deutlicher wird die Spreizung zwischen den höchsten und den niedrigsten Schuldnerquoten.

Generell zeigt sich auch 2008, dass die Schuldnerquoten in Kernstädten und Ballungsräumen weiterhin (meist deutlich) höhere Werte aufweisen als in ländlichen Regionen. So liegen die Werte in den Kernstädten meist um mehr als zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt, in den weniger verdichteten Gebieten und in den ländlichen Regionen generell mehr als einen Prozentpunkt unter dem Durchschnitt. Dies belegt auch wieder der Vergleich der Rankings der nach Schuldnerquote besten und schlechtesten zehn Kreise und Städte 2008. Die angegebenen Räume mit der niedrigsten Schuldnerquote bestehen überwiegend aus Kreisen mit einer sehr geringen Überschuldung (Gruppe 1; Schuldnerquote < 6 Prozent). Die genannten Räume mit den höchsten Schuldnerquoten bestehen alle aus Städten (urbanen Räumen) und weisen eine sehr hohe Überschuldung auf (Gruppe 9; Schuldnerquote > 14 Prozent). Im Zeitraumvergleich 2004 / 2008 hat sich in den schuldarmer Gebieten die Über-



Karte 2008 nach Kreisen und kreisfreien Städten

Positive Überschuldungsentwicklung in Kreisen und Städten

Weiterhin höhere Schuldnerquoten in Städten und Ballungsräumen

³ Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 439 auf 413 reduziert. Der Grund: Sowohl in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) als auch in Sachsen (1. August 2008) wurde eine Kreisgebietsreform wirksam. In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Anzahl der Landkreise von bisher 21 auf elf Kreise. In Sachsen wurden die 22 Landkreise und die sieben kreisfreien Städte zusammengefasst in drei Stadt- und zehn Landkreise.

schuldung tendenziell verringert, in den ehemals schuldnerstarken Gebieten weiter erhöht.

Tab. 6.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Schuldnerquote 2004 bis 2008

■ Kreis	Schuldnerquoten in %						Rang				
	2004	2005	2006	2007	2008	Abw. 04-08	2004	2005	2006	2007	2008
Eichstätt	4,12	4,30	4,16	4,34	4,01	-0,11	1	1	1	1	1
Straubing-Bogen	4,84	5,10	5,07	5,19	4,79	-0,05	2	2	2	2	2
Erlangen-Höchstadt	5,30	5,50	5,45	5,42	4,97	-0,33	7	6	4	4	3
Schweinfurt	5,16	5,36	5,46	5,36	5,07	-0,08	4	4	5	3	4
Main-Tauber-Kreis	5,58	5,82	5,68	5,57	5,20	-0,38	11	9	10	6	5
Regensburg	5,05	5,32	5,30	5,50	5,22	0,17	3	3	3	5	6
Neumarkt i.d.OPf.	5,27	5,59	5,55	5,60	5,24	-0,03	6	7	6	8	7
Würzburg	5,19	5,43	5,55	5,58	5,35	0,16	5	5	7	7	8
Main-Spessart	5,37	5,73	5,71	5,78	5,40	0,03	8	8	11	9	9
Donau-Ries	5,71	6,02	5,59	5,83	5,43	-0,28	17	16	8	10	10

Tab. 7.: Die zehn Städte mit der höchsten Schuldnerquote 2004 bis 2008

■ Stadt	Schuldnerquoten in %						Rang				
	2004	2005	2006	2007	2008	Abw. 04-08	2004	2005	2006	2007	2008
Wilhelmshaven	15,04	16,15	16,81	16,92	16,24	1,20	405	405	407	406	404
Duisburg	14,56	15,80	16,29	16,79	16,29	1,73	401	402	401	402	405
Neumünster	14,33	15,99	16,60	17,41	16,44	2,11	397	404	403	407	406
Gelsenkirchen	14,11	15,30	16,24	16,87	16,71	2,60	394	395	399	405	407
Flensburg	16,94	18,04	18,65	19,02	17,01	0,07	411	411	411	410	408
Pirmasens	16,52	17,98	18,34	18,38	17,41	0,89	410	410	409	408	409
Halle (Saale)	15,38	17,44	18,41	19,62	17,64	2,26	409	409	410	411	410
Wuppertal	15,03	16,81	17,81	18,82	18,82	3,79	404	408	408	409	411
Bremerhaven	17,74	19,65	20,68	20,11	19,05	1,31	413	413	413	412	412
Offenbach am Main	17,21	18,39	18,93	20,91	19,36	2,15	412	412	412	413	413

2008: Nur eine Kommune weist einen Anstieg der Schuldnerquoten auf

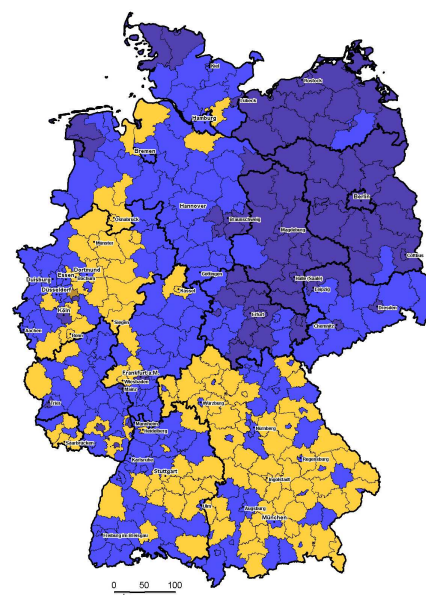
Für 2008 zeigt sich aber auch, dass (fast) alle Räume eine Verringerung der Schuldnerquoten aufweisen. Die einzige Ausnahme bildet die Stadt Wuppertal, die einen minimalen Anstieg der Überschuldung zu verzeichnen hat. Den höchsten Rückgang kann Frankfurt an der Oder verzeichnen (- 2,32 Prozentpunkte), das das Ranking der zehn Kreise mit der höchsten Abnahme der Schuldnerquote anführt.

Tab. 8.: Die zehn Kreise mit der höchsten Abnahme der Schuldnerquote 2007 / 2008

■ Stadt	Schuldnerquoten in %						Rang				
	2004	2005	2006	2007	2008	Abw. 07-08	2004	2005	2006	2007	2008
Frankfurt (Oder)	15,27	16,70	16,78	16,55	14,23	-2,32	408	407	406	400	387
Ostprignitz-Ruppin	12,64	13,51	13,72	13,50	11,28	-2,22	370	368	365	362	318
Weimar	14,20	15,01	15,30	15,82	13,79	-2,03	395	389	387	391	381
Flensburg	16,94	18,04	18,65	19,02	17,01	-2,01	411	411	411	410	408
Halle (Saale)	15,38	17,44	18,41	19,62	17,64	-1,98	409	409	410	411	410
Greifswald	11,90	12,67	12,38	11,97	10,03	-1,94	350	351	330	302	239
Erfurt	14,70	15,36	15,35	15,33	13,51	-1,82	402	398	388	387	379
Kyffhäuserkreis	11,07	11,84	12,26	12,64	10,82	-1,82	314	312	322	332	296
Gera	13,67	15,26	15,66	14,83	13,03	-1,80	388	392	393	380	370
Magdeburg	14,73	15,41	16,21	16,73	14,99	-1,74	403	400	398	401	393

Eine Detailanalyse aller Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern über 18 Jahren zeigt zunächst, dass 2008 alle aufgeführten Städte Rückgänge der Schuldnerquoten aufweisen, die aber die Zunahmen der vergangenen Jahre nicht ausgleichen können. Folglich liegt das Überschuldungsniveau auch 2008 über dem des Jahres 2004. Hierin wird deutlich, dass zwei wesentliche Überschuldungsauslöser – Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut (trotz sozialen Transferleistungen) – in Ballungsräumen deutlicher mit Überschuldung korrespondieren als in ländlichen Regionen. Zudem sind die Konsumangebote und -reize in Großstädten und die damit verbundenen „Versuchungen“ verständlicherweise größer als in eher ländlichen Regionen. Großstädte bilden in diesem Sinne den Rahmen zur individuellen Selbstinszenierung, häufig verbunden mit einer als subjektiv notwendig empfundenen Form des Statuskonsums, der sich meist nicht am individuell wirtschaftlich Möglichen, sondern am Wünschbaren orientiert.

Großstädte bleiben Brennpunkte sozialer Probleme und „Bühnen“ für individuellen Statuskonsum



Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2007 / 2008

Tab. 9.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahren mit den höchsten Schuldnerquoten 2008

■ Stadt	Schuldnerquoten in %						Rang				
	2004	2005	2006	2007	2008	Abw. 04-08	2004	2005	2006	2007	2008
Frankfurt am Main	10,77	11,69	12,18	13,04	11,92	1,15	300	306	318	352	347
Hamburg	10,88	12,05	12,70	12,88	12,05	1,17	308	324	344	346	351
Köln	12,36	13,36	13,75	13,99	12,88	0,52	361	365	366	370	368
Leipzig	12,64	13,41	14,05	14,44	13,15	0,50	371	366	373	377	371
Essen	12,25	12,89	13,55	13,89	13,37	1,12	359	359	363	367	375
Dortmund	12,76	13,67	14,03	14,39	13,67	0,92	374	371	371	376	380
Bremen	12,41	13,52	14,12	14,53	13,81	1,41	364	369	374	378	382
Düsseldorf	12,94	13,96	14,56	14,83	13,85	0,91	379	379	380	381	384
Berlin	14,02	14,79	15,20	15,25	13,96	-0,06	392	388	386	385	385
Duisburg	14,56	15,80	16,29	16,79	16,29	1,73	401	402	401	402	405

Kreisebene: Spreizung der Schuldnerquoten verringert sich

Betrachtet man zudem die Spannweite zwischen der niedrigsten und der höchsten gemessenen Schuldnerquote als einen Indikator zur Bewertung der Entwicklungsrichtung von Überschuldungsprozessen, zeigt sich, dass sich der Abstand zwischen Räumen mit geringer und hoher Überschuldung 2008 wieder etwas verkleinert hat. So liegt 2008 der so genannte Spreizungswert zwischen der höchsten und niedrigsten Schuldnerquote aller Kreise und kreisfreien Städte nunmehr bei rund 15,35 Prozentpunkten (- 1,22 Prozentpunkte).

Zudem zeigen alle Räume mit niedrigen Schuldnerquoten in diesem Jahr deutlich unterdurchschnittliche und Räume mit hohen Schuldnerquoten deutlich überdurchschnittliche Rückgänge der Spreizungswerte. Dies zeigen auch die Beispiele aus dem Vorjahr. So reicht 2008 die Spannweite von der niedrigsten Schuldnerquote, wiederum im bayerischen Landkreis Eichstätt gemessen (4,01 Prozent; rund 3.900 Schuldner), bis hin zur höchsten Schuldnerquote, die 2008 erneut in Offenbach am Main gemessen wurde (19,36 Prozent; rund 18.600 Schuldner). Beide Räume weisen in etwa die gleiche Anzahl an Einwohnern über 18 Jahre (Eichstätt: 97.000 Einwohner; + 1.000; Offenbach: 96.000 Einwohner; - 2.000) auf. Offensichtlich ist der Problemdruck im städtisch geprägten Offenbach am

Main weiterhin deutlich ausgeprägter als im ländlichen Flächenkreis Eichstätt.

Tab. 10.: Die Spreizungswerte der Schuldnerquoten 2004 bis 2008

■ Räumliche Einheit	Bund (auf Kreis-/Stadt-Ebene)		Landkreis Eichstätt (auf PLZ-Ebene)		Offenbach am Main (auf PLZ-Ebene)	
	Spreizung	Abw.	Spreizung	Abw.	Spreizung	Abw.
2004	13,61	-	4,35	-	15,14	-
2005	15,35	1,74	4,38	0,03	16,90	1,76
2006	16,52	1,17	4,13	-0,25	17,07	0,17
2007	16,57	0,05	4,63	0,50	20,94	3,87
2008	15,35	-1,22	4,24	-0,39	17,58	-3,36

Die Aussage einer (temporären) Entspannung belegt auch die aktuelle Zeitreihenanalyse der Anzahl der Kreise, die eine eher geringe (Schuldnerquote bis unter acht Prozent), eine eher mittlere (acht Prozent bis unter elf Prozent) und eine eher hohe Überschuldung aufweisen (über elf Prozent). Der Ergebnistrend hat sich 2008 umgekehrt: Der Saldo ist wieder positiv. Deutlich mehr Kreise und kreisfreie Städte als noch 2007 weisen eine eher geringe Überschuldung auf. So hat die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte mit hoher Überschuldung 2008 deutlich abgenommen (- 54) – die Zahl derer mit mittlerer (+ 28) und mit geringer Überschuldung (+ 26) deutlich zugenommen.

Zahl der Kreise und Städte mit hoher Überschuldung ist zurückgegangen

Tab. 11.: Kreise und Städte nach Überschuldungsgrad 2004 bis 2008

■	2004	2005	2006	2007	2008
413 Kreise und Städte mit	Anzahl (Abweichung zum Vorjahr)				
geringer Überschuldung	128	109 (- 19)	102 (- 7)	97 (- 5)	123 (+ 26)
mittlerer Überschuldung	182	157 (- 25)	153 (- 4)	153 (0)	181 (+ 28)
hoher Überschuldung	103	147 (+ 45)	158 (+ 11)	163 (+ 5)	109 (- 54)
Saldo (geringe / hohe Überschuldung)	+ 25	- 38	- 56	- 66	+ 14

Allerdings finden sich in vielen Ballungsgebieten neben Gebieten mit hoher Schuldnerquote auch große Bereiche mit sehr geringer Schuldnerquote und umgekehrt. Zudem können allgemeine Aussagen wie „Süd besser als Nord“ oder „Land besser als Stadt“ für zielorientierte Handlungsstrategien nur pauschal und undifferenziert bleiben. Erst der detaillierte Blick auf kleine

Raumeinheiten zeigt die überwiegend heterogene Überschuldungsstruktur von Räumen und ihre Entwicklungsrichtung.

„Nur“ noch 23 Prozent der Schuldner in Bereichen mit sehr hoher Überschuldung

Ein ähnliches Bild zeigt die Analyse der Schuldnerentwicklung nach Postleitzahl-Bereichen und Überschuldungsgrad. Der Anteil derjenigen überschuldeten Menschen, die in Räumen leben, die von hoher Überschuldung geprägt sind, hat 2008 ebenfalls spürbar abgenommen. Dies wird besonders deutlich, wenn die Personengruppen der Räume (hier definiert über Postleitzahlbereiche) mit sehr geringer und mit sehr hoher Überschuldung gegenübergestellt werden.

Tab. 12.: Schuldner in PLZ-Bereichen nach Überschuldungsgrad 2004 bis 2008

■ Schuldner in PLZ-Bereichen mit ...	2004	2005	2006	2007	2008
sehr geringer Überschuldung (Schuldnerquote <6 %)	0,39 Mio.	0,29 Mio.	0,25 Mio.	0,25 Mio.	0,35 Mio.
Anteil an allen Schuldnern	6,0%	4,1%	3,5%	3,4%	5,4%
Veränderung in Prozentpunkten	-	- 1,9	- 0,6	- 0,1	+ 2,0
sehr hoher Überschuldung (Schuldnerquote >14 %)	1,29 Mio.	1,79 Mio.	1,93 Mio.	2,08 Mio.	1,58 Mio.
Anteil an allen Schuldnern	19,8%	25,6%	26,9%	28,4%	22,9%
Veränderung in Prozentpunkten	-	+ 5,8	+ 1,3	+ 1,5	- 5,5

2008 leben nur noch rund 23 Prozent der Schuldner in Bereichen, die einen sehr hohen Überschuldungsgrad aufweisen (Schuldnerquote über 14 Prozent: 1,6 Millionen Personen / - 0,5 Millionen). Mittlerweile leben wieder rund sechs Prozent der Schuldner in Bereichen, die eine sehr geringe Überschuldung aufweisen (Schuldnerquote unter sechs Prozent: 0,35 Millionen Personen; + 0,1 Millionen). Allerdings bleibt die erstgenannte Gruppe im Verhältnis zur entsprechenden Gesamtpopulation weiterhin deutlich überrepräsentiert.

Rückgang der räumlichen Überschuldungsverdichtung: Temporäre Trendumkehr?

Auch wenn sich der in den Vorjahren genannte generell besorgniserregende Trend einer räumlichen Überschuldungsverdichtung (s. SchuldnerAtlas 2006 / 2007) in 2008 nicht bestätigt und sich die Schere zwischen schuldnerarmen und schuldnerreichen Gebieten wieder etwas geschlossen hat, kann vor dem Hinter-

grund des in vielen Kommunen immer noch hohen Schulderniveaus keine Entwarnung gegeben werden. Dies gilt besonders, da sich zurzeit offensichtlich eine eher individuelle Überschuldungsverdichtung in Form einer Erhöhung und Verhärtung der Verbindlichkeitsstrukturen vollzieht (s. Kapitel 1).

1.4 Exkurs: Statistischer Rückgang der Verbraucherinsolvenzverfahren – Bedarfsrückgang oder Beratungsverknappung?

2008 meldeten erstmals seit Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens 1999 / 2001 weniger Privatpersonen Insolvenz an als in einem Vorjahr. So verzeichneten die deutschen Amtsgerichte im ersten Halbjahr 2008 insgesamt rund 48.500 Insolvenzen von Verbrauchern (- 7,2 Prozent).⁴

2008: Erstmals Rückgang der Verbraucherinsolvenzverfahren

Tab. 13.: Verbraucherinsolvenzen 1999 bis 2008

■ Zeitraum	Verbraucherinsolvenzen	Abweichung
1999	2.450	-
2000	10.360	322,9%
2001	13.490	30,2%
2002	21.520	59,5%
2003	33.510	55,7%
2004	49.100	46,5%
2005	68.900	40,3%
2006	96.500	40,1%
2007	105.300	9,1%
1. Halbjahr 2008	48.500	-7,2%

Die Gründe für den aktuellen Rückgang der Verbraucherinsolvenzverfahren liegen aber weniger in einem realen Rückgang des Bedarfs, als vielmehr in einer Überlastung der Schuldnerberatungsstellen und Kürzungen bei den Beratungsmaßnahmen. So kritisieren sowohl der Deutscher Anwaltverein (DAV) als auch die Schuldnerberatungsstellen, dass die gerichtliche Bewilligung rechtsanwaltlicher Beratungsleistungen äußerst restriktiv gehandhabt werde. Zur Erklärung: Nicht nur

Gründe: Restriktive Handhabung rechtsanwaltlicher Bewilligungsverfahren

⁴ Wichtiger Hinweis: Die Veränderungsdaten beziehen sich auf Berechnungen ohne Nordrhein-Westfalen, da in hier die Insolvenzfälle für 2007 wegen Software-Problemen nicht periodengerecht gemeldet worden sind bzw. haben zugeordnet werden können.

öffentliche Schuldnerberatungsstellen übernehmen die nötige Beratungsleistung im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens, auch Rechtsanwälte können von Schuldnern konsultiert werden. Nach Angaben des DAV nahmen 2006 rund 47 Prozent der überschuldeten Verbraucher anwaltliche Beratung in Anspruch. Rund 40 Prozent der Verbraucher suchten dagegen Hilfe bei den Schuldnerberatungsstellen.

***Amtsgerichte bewilligen
seltener Beratungshilfe***

Die Amtsgerichte bewilligen allerdings aus Kostengründen immer seltener Beratungshilfe, da – so die Argumentation – in der Regel kostenlose Beratungsangebote durch die Schuldnerberatungsstellen existieren. Dies hat einerseits zu einem spürbaren Rückgang anwaltlicher Hilfe für mittellose Mandanten geführt, andererseits aber für ein Aufstauen der Fälle bei den Schuldnerberatungsstellen gesorgt. Die Wochenzeitschrift *Die Zeit* kommentiert: „Es ist ein Minus, das nicht zwingend daher rührt, dass weniger Menschen verschuldet sind, sondern eher daher, dass der Staat an diesen Menschen spart: Die anerkannten Beratungsstellen in Deutschland sind heillos überlaufen. Bei der Verbraucherzentrale Hamburg dauert es sechs bis acht Monate, einen Termin zu bekommen.“ Für viele Schuldner sei das eine „Ewigkeit“, auch wenn in Bundesländern wie Bayern, wo das Land weniger Geld für Beratungsangebote zur Verfügung stellt, Wartezeiten von über einem Jahr keine Ausnahme sind.

***Deutliche Überlastung der
Schuldnerberatungsstellen***

Zudem eröffnen die Kürzungen des Schuldnerberatungsangebots kommerziellen Schuldenregulierern weiterhin Tür und Tor. Diese bieten hilfeschuchenden Schuldnern mit zwielichtigen Methoden ihre Hilfe an und stellen beschleunigte Bearbeitungs- und vereinfachte Zahlungsverfahren (nur eine Zahlungsstelle) in Aussicht. Letztlich nutzen diese dubiosen Berater aber nur das Unwissen und die Notsituation der Betroffenen aus, wie viele Schuldnerberater offizieller Beratungsstellen berichten können. Folglich ist Politik und Gesellschaft anzuraten, das Schuldnerberatungsangebot nicht zu verknappen, sondern weiter gezielt zu fördern und auszubauen.

**Tab. 14.: Verbraucherinsolvenzen und Überschuldung
1999 bis 2008**

■ Zeitraum	Verbraucher- insolvenzen	Anteil an Schuldnern
1999 bis 2004	130.400	2004: 2,0%
1999 bis 2005	199.300	2005: 2,8%
1999 bis 2006	295.800	2006: 4,1%
1999 bis 2007	398.700	2007: 5,4%
1999 bis 1. Hj. 2008	449.500	1. Hj. 2008: 6,5%

Dennoch wirken in einer Gesamtsicht die zwischen 1999 und dem ersten. Halbjahr 2008 eröffneten rund 511.000 Verbraucherinsolvenzverfahren angesichts von immer noch rund 6,9 Millionen Schuldnern in Deutschland (2008) weiterhin vergleichsweise gering. Bis Mitte 2008 haben erst knapp sieben Prozent der Schuldner vom Restschuldenerlass Gebrauch gemacht. Nicht nur angesichts der aktuellen Konjunktur- und Wirtschaftsprognosen ist davon auszugehen, dass die Zahl der Anträge in den nächsten Jahren wieder zunehmen wird.

1.5 Überschuldung und Schuldner nach MOSAIC Milieus®

Die Analyse der Überschuldung nach den so genannten MOSAIC Milieus®, der von der microm GmbH als lizenzierte Adaption weiterentwickelten Sinus-Milieus® von Sinus Sociovision, zeigt weitere vertiefende Einblicke in die Überschuldungsstruktur der deutschen Gesellschaft. Die zehn MOSAIC Milieus® beziehen neben klassischen Strukturmerkmalen wie Beruf, Einkommen, und Bildung auch Werte, Grundorientierungen und Lebensstile sowie damit zusammenhängendes Konsumverhalten in die Definition von gesellschaftlichen Gruppen ein, um die höchst komplexen Lebenswelten der gesellschaftlichen Teilgruppen möglichst realitätsnah und präzise abbilden zu können. Vereinfacht formuliert: Die MOSAIC Milieus® fassen Menschen zusammen, die sich in Lebensauffassung und Lebensweise ähneln. Sie gelten daher gemeinhin als Leitwährung der Markt-, Medien- und Konsumforschung.

Nutzung des Verbraucherinsolvenzverfahrens dürfte 2009 wieder zunehmen

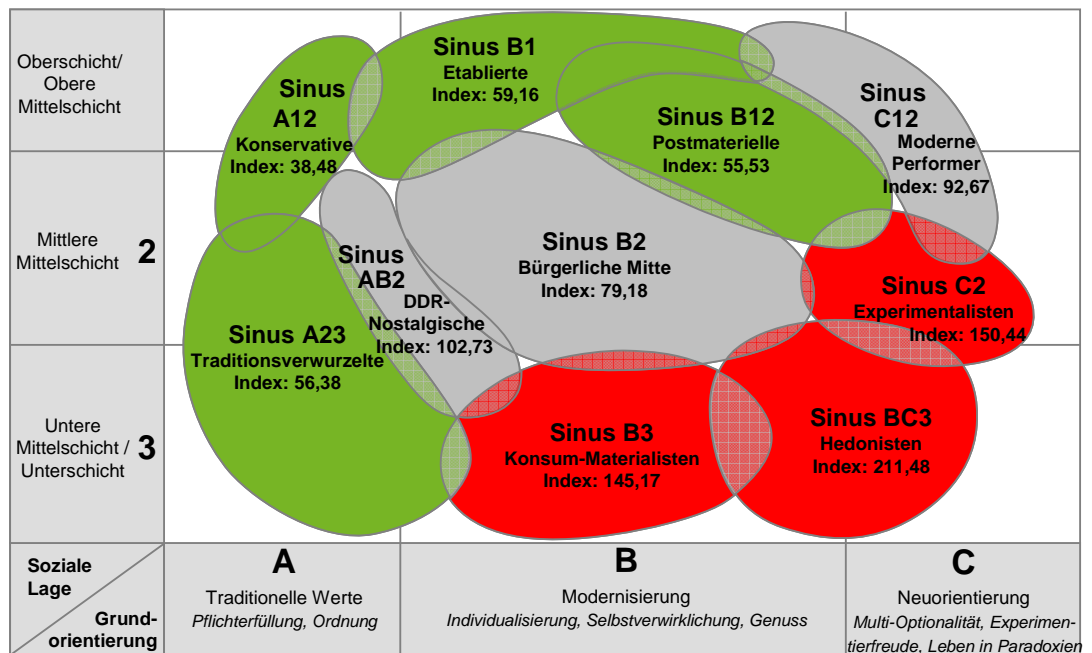
Milieus nach Schichtzugehörigkeit und Wertorientierung

Ganzheitlicher Blick auf Individuen und Gesellschaft

Grundmatrix nach sozialer Lage und Wertorientierung

Die Position der einzelnen Milieus in der deutschen Gesellschaft werden nach sozialer Lage und Grundorientierung verortet: Je höher das entsprechende Milieu angesiedelt ist, desto gehobener sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe; je weiter es sich nach rechts erstreckt, desto weniger traditionell ist die Grundorientierung des jeweiligen Milieus.

Karte 15.: Schuldner-Index nach MOSAIC Milieus® 2008



Ein Gemeinschaftsprodukt von microm und Sinus Sociovision



unterrepräsentiert



überrepräsentiert

Schichtzugehörigkeit und Wertorientierung korrespondieren mit Überschuldung, finanzieller Vorsorge und Kreditnutzung

Generell gilt, wie auch die Vorjahresuntersuchungen zeigten: Schichtzugehörigkeit und Lebenshaltung (als Ausdruck von Werten und Grundorientierung) korrespondieren deutlich mit der Bereitschaft, sich zu verschulden. Überschuldung ist daher in jenen Milieus stärker ausgeprägt, die sich durch eine tendenziell materialistische oder hedonistische Grundhaltung auszeichnen. Ähnliches gilt auch für die Haltung der einzelnen Milieus und Milieugruppen (von Sinus Sociovision so genannte Lebenswelt-Segmente) zur finanziellen Vorsorge und zur Nutzung von Krediten im Haushalt, wie weiterführende Analysen belegen.

Die insgesamt positive Entwicklung der Schuldnerquoten spiegelt sich 2008 in fast allen Milieus sowie nach

Lebenswelt-Segmenten wider, da die meisten Milieus von den positiven Entwicklungen der Konjunktur sowie des Arbeits- und Beschäftigungsmarktes profitieren konnten. Weiterhin überdurchschnittliche Schuldner-Indexwerte weisen auch 2008 insbesondere die Milieus der Hedonisten (212 Index-Punkte; 1,6 Millionen Schuldner), der Experimentalisten (150 Index-Punkte; 0,8 Millionen) und der Konsum-Materialisten (145 Index-Punkte; 1,2 Millionen) auf. Sie können weiterhin als besonders überschuldungsaffin ausgewiesen werden, auch wenn Experimentalisten und Hedonisten (neben der bürgerlichen Mitte) deutlich überdurchschnittliche Abnahmen der Schuldnerquoten aufweisen.

Die Gruppe der **Hedonisten** als tendenziell jüngstes Milieu (und als so genannte spaßorientierte moderne Unterschicht bzw. untere Mittelschicht) konnte hierbei überdurchschnittlich vom konjunkturellen Aufschwung profitieren, da viele als im Beruf eher „angepasste“ Persönlichkeiten offensichtlich wieder verstärkt in Ausbildung und in den Arbeitsprozess gelangen und Einnahmen und Ausgaben besser in Einklang bringen konnten – trotz einer überdurchschnittlichen Kreditnutzung.

Das Milieu mit dem zweitstärksten Rückgang der Schuldnerquoten ist das Mittelschichtmilieu der **Experimentalisten**, in deren Grundhaltung finanzielle Vorsorge kaum eine Rolle spielt, Kredite und andere Finanzdienstleistungen hingegen von höchster Bedeutung für die Lebensführung sind. Allerdings sind sie zumeist ökonomisch besser gestellt als die Vertreter der nach Werteorientierung verwandten Hedonisten und nehmen im Ranking weiterhin und mit deutlichem Abstand den vorletzten Platz ein.

2008: Weiterhin höchste Affinität bei „Hedonisten“, „Experimentalisten“ und „Konsum-Materialisten“

Hedonisten profitierten verstärkt von einer verbesserten Arbeits- und Ausbildungsmarktlage

Experimentalisten profitierten von konjunkturellem Aufschwung trotz starker Kreditnutzung

Tab. 16.: Überschuldung nach MOSAIC Milieus® nach Schuldnerquote 2006 bis 2008

■ MOSAIC Milieus® / Lebenswelt-Segmente	Schuldnerquoten				Schuldner (in Mio.)		
	2006	2007	2008	Abw. 2007 / 2008 *)	2006	2007	2008
Traditionelle Milieus	5,62%	6,43%	6,26%	- 0,17	0,95	1,06	1,00
Etablierte	6,50%	6,59%	5,98%	- 0,61	0,44	0,44	0,42
Postmaterielle	5,83%	5,84%	5,61%	- 0,23	0,40	0,39	0,39
Moderne Performer	10,14%	9,99%	9,37%	- 0,62	0,63	0,65	0,67
Gesellschaftliche Leitmilieus	7,41%	7,46%	7,01%	- 0,45	1,46	1,48	1,47
Konservative	3,70%	4,63%	3,89%	- 0,74	0,12	0,16	0,13
Traditionsverwurzelte	5,06%	5,97%	5,70%	- 0,27	0,48	0,55	0,53
DDR-Nostalgische	8,40%	9,10%	10,39%	+ 1,29	0,35	0,35	0,34
Mainstream-Milieus	10,97%	11,34%	10,94%	- 0,40	1,98	2,07	1,98
Bürgerliche Mitte	8,50%	9,00%	8,01%	- 0,99	0,90	0,92	0,81
Konsum-Materialisten	14,54%	14,30%	14,68%	+ 0,38	1,07	1,15	1,17
Hedonistische Milieus	22,12%	20,99%	18,79%	- 2,20	2,80	2,72	2,42
Experimentalisten	16,76%	16,45%	15,21%	- 1,24	0,89	0,89	0,82
Hedonisten	26,00%	24,24%	21,38%	- 2,86	1,91	1,83	1,60
Gesamt	10,68%	10,85%	10,11%	- 0,74	7,19	7,34	6,87

*) Abweichung in Prozentpunkten

Aufschwung erreicht die Bürgerliche Mitte

Die **bürgerliche Mitte** als Kernelement der Mittelschicht (größte Personengruppe: 10,1 Millionen Personen) verzeichnet den drittstärksten Rückgang der Schuldnerquote, da sie offensichtlich erst mit einem zeitlichen Verzug vom konjunkturellen Erholungsprozess der letzten 24 Monate profitiert und nun in der Lage war, eine (weitere) Verschuldung zu vermeiden oder bestehende Schulden abzubauen. Ob allerdings in diesem zentralen Milieu der Mittelschicht mit einer Vorliebe für Konsum und Trends der sich vollziehende Prozess der schleichenden Erosion ökonomischer Sicherheiten aufgehalten werden kann, bleibt fraglich.

2008: Zwei Milieus verzeichnen ansteigende Schuldnerquoten

Nur zwei Milieus verzeichnen 2008 ansteigende Schuldnerquoten. Das Mittelschichtmilieu der **DDR-Nostalgischen**, als Teil des Lebensweltsegments traditionelle Milieus und als typische „Wende-Verlierer“ einzustufen, weist als zweitkleinste Personengruppe wie im Vorjahr eine deutlich erhöhte Schuldnerquote auf (+ 1,28 Prozentpunkte). Diese Gruppe lehnt Prestigekonsum demonstrativ als westliche Unart ab, was offensichtlich einen weiteren Anstieg der Überschuldung

DDR-Nostalgische: Wende- und Aufschwung-Verlierer

nicht verhindern kann. Zudem konnte diese Gruppe nur unterdurchschnittlich vom konjunkturellen Aufschwung der letzten Jahre profitieren, zumal sie eine überdurchschnittliche Kreditnutzung aufweist.

Tab. 17.: MOSAIC Milieus®: Affinität zu finanzieller Vorsorge und Kreditnutzung im Haushalt (Index-Werte 2008*)

■ MOSAIC Milieus® / Lebenswelt-Segmente	Finanzielle Vorsorge...		Kreditnutzung im Haushalt	
	... ist geregelt	... ist kein aktuelles Thema	Dispositions- kredit	sonstiger Kredit
Gesellschaftliche Leitmilieus	92	98	112	103
Etablierte	123	67	85	82
Postmaterielle	108	84	93	91
Moderne Performer	45	143	157	135
Traditionelle Milieus	142	75	54	68
Konservative	170	53	40	38
Traditionsverwurzelte	167	79	38	30
DDR-Nostalgische	89	92	84	135
Mainstream-Milieus	93	95	105	107
Bürgerliche Mitte	98	80	89	98
Konsum-Materialisten	88	110	120	115
Hedonistische Milieus	58	141	143	149
Experimentalisten	52	134	146	164
Hedonisten	63	148	139	133

*) Quelle: Typologie der Wünsche (TdW); Index-Wert 100 = Durchschnitt.

Im Unterschichtsmilieu der **Konsum-Materialisten** als absolut gesehen zweitstärkster Schuldnergruppe (1,2 Millionen Personen) hat sich die Überschuldung im Gegensatz zum letzten Jahr wieder erhöht. Offensichtlich hat das Streben, die mit der ökonomisch stagnativen Phase 2002 / 2005 einhergehenden Prestige- und Statusverluste durch Nachholkonsum ausgleichen zu wollen, schon wieder zu einer erneuten Überschuldung geführt, wie im Vorjahr schon prognostiziert wurde. Dies auch, da finanzielle Vorsorge für Personen des Milieus der Konsum-Materialisten eher „kein Thema“ ist – im Gegensatz zur Nutzung von Dispositions- und sonstigen Krediten.

Konsum-Materialisten: Neu-Überschuldung durch Nachhol-Konsum

■ 2 **Überschuldung von Verbrauchern im internationalen Vergleich**

Kulturelle und juristische Unterschiede – Aussagen mit Trendcharakter

Ein Vergleich der Überschuldungssituation in anderen Ländern (hier: USA, Großbritannien) kann nur idealtypische Aussagen mit Trendcharakter formulieren, da die meisten Länder unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen und juristische Definitionen bezüglich der Überschuldungsproblematik aufweisen. Diese resultieren aus den jeweils unterschiedlichen historischen Selbstverständnissen sowie einer unterschiedlichen Konsum- und Finanzkultur. So favorisieren die anglo-amerikanischen Länder (USA, Großbritannien) traditionell das Prinzip der Restschuldbefreiung („fresh start“), während hingegen in Zentraleuropa bis Anfang der 1990er Jahre der Grundsatz der „lebenslangen Haftung“ angewendet wurde. Erst im Nachgang zur globalen Rezession Ende der 1980er Jahre setzte ein Paradigmenwechsel ein, der auch in Deutschland 1999 zur Reform des Verbraucherinsolvenzrechts führte. Allgemeines Ziel war, überschuldeten Privatpersonen schneller als bislang einen wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen.

Direkte und indirekte Folgen der Immobilienkrise

Die Folgekapitel befassen sich aus aktuellem Anlass zunächst mit einer Einordnung der aktuellen Situation in den USA und möglichen direkten und indirekten Folgen für Überschuldungsprozesse in Deutschland. Des Weiteren werden die Dimensionen und der Ablauf der US-amerikanischen Immobilienkrise thematisiert, die nicht zuletzt und ursprünglich eine Überschuldungskrise ist. Das Kapitel zeigt abschließend eine Synopse relevanter Daten zur Überschuldungssituation in Großbritannien, den USA und Deutschland.

2.1 USA: Amerikanische Verbraucher in der Immobilienkrise

„Schlimmste Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg“

Die US-amerikanische Immobilienkrise hält die Weltwirtschaft weiterhin in Atem. Seit Mitte 2007 reißen die Hiobsbotschaften aus der globalen Kreditwirtschaft nicht ab. Immer neue Schadensmeldungen schwappen aus den amerikanischen Geldmärkten in alle Welt. Die USA, mittlerweile die „größte Schuldernation der

Welt“, so der amerikanische Senator Chuck Hagel, steht vor einer völligen Neustrukturierung ihres Finanz- und Banksystems, die Weltwirtschaft möglicherweise vor einer Neuordnung. Der Harvard-Ökonom und frühere IWF-Chefvolkswirt Kenneth Rogoff bezeichnet die Krise als „schlimmste Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg“. Dies gelte insbesondere, da die Krise auch von einer Abkühlung der Weltkonjunktur begleitet werde bzw. diese mit verursacht und verstärkt habe. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht von erheblichen Schäden allein durch die Wertverluste des Immobilienvermögens aus. Allein die Verluste am amerikanischen Immobilienmarkt werden auf rund fünf Billionen Dollar geschätzt.

Auslöser der sich vollziehenden Hypothekenkrise waren in erster Linie massenhaft vergebene so genannte Subprime-Kredite, also Kredite, die überwiegend an Kreditnehmer mit geringer Bonität vergeben wurden. Die amerikanischen Banker nannten diese Kreditgeschäfte in ihrem spöttischen Jargon „Ninja“ „No income, no job or asset“ (Kein Einkommen, kein Vermögen). Die Vergabestrategie und die Hypothekenkonditionen der US-amerikanischen Geldinstitute waren für viele Konsumenten allerdings auch „unwiderstehlich“: Kaum Bonitätsprüfungen, keinerlei Anzahlung und Einstiegszinsen von oftmals nur einem Prozent. Da allerdings die Zinssätze flexibel vereinbart wurden, führten steigende Zinsen schnell zum Bankrott der Kreditnehmer.

Der US-amerikanische Immobilienmarkt war nach dem Platzen der so genannten Dotcom-Blase (2000) und den Anschlägen vom 11. September 2001 der Motor der globalen Konjunktur, da viele Milliarden Dollar aus den Aktienmärkten in Immobilien investiert wurden. Dies trieb die Preise in die Höhe; Häuser vervielfachten ihren Wert innerhalb kurzer Zeit. Schätzungen gehen davon aus, dass seit 2001 etwa 40 Millionen US-Haushalte um durchschnittlich 125.000 Dollar reicher wurden. Auch wenn es sich meist nur um „Papierwerte“ handelte, erfuhren viele Millionen Amerikaner einen „gefühlten Wohlstandseffekt“, der zu weiterem kreditfinanzierten Konsum führte. In einer Gesamtsicht ist die

Subprime: Kredite an Kreditnehmer ohne Bonität

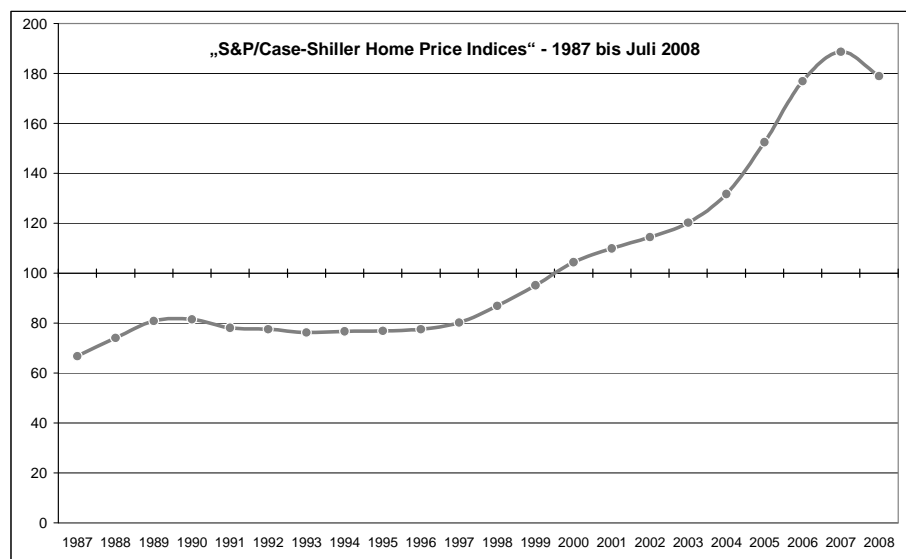
Finanzierung durch Gelder aus der „Dotcom“-Krise

Immobilienkrise daher auch ein Überschuldungsproblem und Krisenphänomen der amerikanischen Mittelschicht.

USA: Hypothekenzinsen sind steuerlich absetzbar

Der Häuserkauf entwickelte sich in den USA zum Volkssport. Die niedrigen Zinsen der US-Zentralbank führten zu einem Boom an günstigen Darlehensofferten der Immobilienfinanzierer, zu dem die ausgereichten Kredite verbrieft und an den Kapitalmarkt weitergeleitet wurden. Alleine 2005 und 2006 nahmen Amerikaner Hypotheken im Wert von rund 5.000 Milliarden Dollar auf – eine Summe so groß wie das Bruttosozialprodukt von Deutschland und Großbritannien zusammen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Hypothekenzinsen in den USA steuerlich absetzbar sind, was den Run auf eigene Immobilien weiter anheizte.

Tab. 18.: Entwicklung der Immobilienpreise in den USA 1987 bis Juli 2008*)



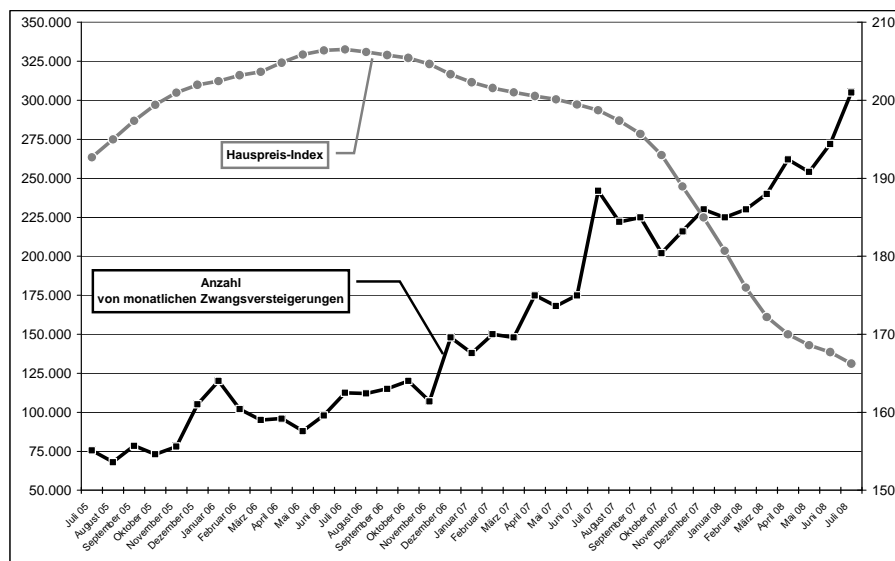
*) Quelle: Standard and Poor's Corporation (S&P), Entwicklung des Home-Price-Index, jeweils Jahresmittelwerte.

2007: Immobilienpreise sinken dramatisch – der Anfang vom Ende

Zwischen 1990 und Ende 2006 haben sich die Preise für Häuser in den USA mehr als verdoppelt, während die Preise in Deutschland stagnierten. Im gleichen Zeitraum stiegen die Hypothekenkredite von US-Bürgern von etwa 2,1 Billionen Dollar auf knapp 10 Billionen Dollar (2006). In Großstädten wie Boston, Chicago oder Los Angeles stiegen die Immobilienwerte jährlich um bis zu 30 Prozent. Allerdings sackten die

Hauspreise alleine im Zeitraum von August 2007 bis Februar 2008 in US-amerikanischen Metropolen wieder um mehr als 11 Prozent ab. Viele Immobilien haben zwischen 2006 und 2008 bis zu 40 Prozent ihres Wertes verloren.

Tab. 19.: Entwicklung der Immobilienpreise und der Anzahl der Zwangsversteigerungen in den USA Juli 2005 bis Juli 2008*)



*) Quelle: Standard and Poor's Corporation (S&P), Entwicklung des Home-Price-Index, jeweils Jahresmittelwerte.

In den USA mussten von Mitte 2007 bis August 2008 2,2 Millionen Zwangsversteigerungen eingeleitet werden (2006: 1,3 Millionen) – ein Anstieg um rund 70 Prozent. Hinzu kommen derzeit täglich rund 10.000 Zwangsvollstreckungen. Summarisch stünden folglich in den nächsten zwölf Monaten weitere rund drei Millionen Zwangsversteigerungen an. Darüber hinaus stehen derzeit noch Immobilienkredite im Wert von rund elf Billionen Dollar aus, ein Wert, der in etwa dem amerikanischen Bruttoinlandsprodukt entspricht. Mittlerweile stehen in den USA rund 18 Millionen Häuser und Wohnungen leer, da die ehemaligen Besitzer die Kredite wegen der gestiegenen Zinsen nicht mehr bezahlen können. Und auch die Verkaufszahlen neuer Eigenheime fielen im August um weitere 34 Prozent auf den tiefsten Wert seit 17 Jahren – mit ungeahnten Folgen für das Marktvertrauen der Immobilienbesitzer und Bürger.

Mittelbare Auswirkungen – Schäden für die Realwirtschaft

Hypotheken für „außerordentliche Anschaffungen“

Der extreme Wettbewerb unter den amerikanischen Geldinstituten sorgte dafür, dass die Immobiliendarlehen, anders als in Deutschland, flexibel blieben. Hypotheken konnten umgeschichtet werden, Zinssätze sanken – neue Anschaffungen wurden möglich, solange die Zinsen nicht stiegen. Viele US-Amerikaner nutzten aber die gesunkenen Verbindlichkeiten und den Bestandwert der „auf Pump“ finanzierten Immobilie zur Aufnahme neuer Kredite (Mortgage Equity Withdrawal). 2006 entliehen amerikanische Immobilienbesitzer rund 640 Milliarden Dollar auf der Grundlage des geschätzten Werts ihrer Häuser und finanzierten weitere „Sonderausgaben“ wie Renovierungen, Pkw, Möbel, Reisen oder Multimedia-Artikel (z. B. Heimkinos). Es ist davon auszugehen, dass in den USA rund ein Fünftel aller Baudarlehen in den letzten Jahren für „außerordentliche Anschaffungen“, also sachfremd, aufgenommen wurden.

**Risiko durch „faule Kreditkartenschulden“:
100 Mrd. Dollar**

Vielfach wird daher befürchtet, dass der pandemische „Subprime Virus“ in den USA auch zu einem Anstieg von Zahlungsausfällen bei erstklassigen Hypotheken, Konsumentenkrediten, Kreditkarten und Pkw-Krediten führen wird. Die Summe „fauler Kreditkartenschulden“ in Amerika wird schon seit Jahren auf mindestens 25 Milliarden Dollar geschätzt, sie soll sich aber in den nächsten Monaten aufgrund der drohenden Rezession auf rund 100 Milliarden Dollar vervierfachen (s. Folgekapitel). Ähnliche Entwicklungen drohen auch für Kredite zur Pkw-Finanzierung als Sonderform des Konsumentenkredits.

Belastung für die nahe Zukunft: Aktienbesitz als Altersvorsorge

Eine zusätzliche Spätfolge und Nebenwirkung der US-amerikanischen Immobilienkrise liegt darin, dass viele Amerikaner ihren Aktienbesitz als Teil einer Altersvorsorgestrategie verloren haben und zukünftig zusätzliche Rentenansprüche an die amerikanische Gesellschaft und den Staat stellen werden. Zudem wird dem amerikanischen Konsummarkt ein Konsumpotenzial entzogen, das zurzeit noch nicht beziffert werden kann. Insgesamt erhöht diese Tatsache die Nachhaltigkeit und Tiefe der Krise, die sich insbesondere über den Konsumsektor auf die Arbeitsmarkt- und damit Wohlstandsentwicklung der USA auswirken wird.

2.2 Direkte und indirekte Folgewirkungen der amerikanischen Immobilienkrise

Die konkrete Entwicklung am amerikanischen Immobilienmarkt ist nicht auf deutsche Marktverhältnisse übertragbar. Neben immobilienvertraglichen Unterschieden (in Deutschland: nur begrenzt flexible Zinssätze, Mindesthöhe an Eigenkapital) spielen auch kulturell-historische Eigenheiten in Form einer anderen Konsumkultur (und Immobiliennutzungskultur) eine große Rolle: So tendieren Deutsche generell dazu, ihre Immobilienschulden möglichst schnell – auch mit Sondertilgungen – abtragen zu wollen, US-Amerikaner „pumpen“ hingegen durch Umschuldungen frei gewordenen Kapital sofort wieder in neue Konsumgüter.

Verhältnisse am US-amerikanischen Immobilienmarkt nicht auf Deutschland übertragbar

Tab. 20.: Wohneigentumsquoten in Europa und in den USA 2007 *)

■ Wohneigentumsquoten	Anteile *)
Spanien	87 %
Italien	73 %
Großbritannien	71 %
USA	70 %
Belgien	66 %
Frankreich	58 %
Niederlande	55 %
Deutschland	43 %
Schweiz	35 %

*) Quelle: Quelle: Euroconstruct / Ifo (2007)

Deutschland: Geringe Wohneigentumsquote

Rein quantitativ weist Deutschland auch aufgrund der rigideren Kreditvergabepraxis neben der Schweiz eine vergleichsweise geringe Wohneigentumsquote auf (2007: 43 Prozent). Zudem besitzt die Überschuldungsursache „Scheitern einer Immobilienfinanzierung“ in Deutschland nur eine geringe Rolle. Dies zeigt allein der Blick auf die bis 2007 tendenziell stabile Situation bei den Zwangsversteigerungen (2007: 91.788, Argetra). Nicht auszuschließen ist allerdings, dass das in den nächsten Monaten anziehende Hypothekenzinsniveau Auswirkungen auf neue Immobilienfinanzierungen haben wird. Projiziert man zudem die vom Sta-

Deutschland: Scheitern einer Immobilienfinanzierung spielt eine nur geringe Rolle als Überschuldungsauslöser

Schadenspotenzial durch gescheiterte Immobilienfinanzierung: 44 Milliarden Euro

tistischen Bundesamt gemessenen Werte des Überschuldungsauslösers gescheiterte Immobilienfinanzierung (2006: 3,8 Prozent / 2007: 4,0 Prozent) auf die aktuelle Schuldnersituation, sind in Deutschland „nur“ rund 290.000 Personen (2007: 270.000) davon betroffen. Betrachtet man allerdings das durchschnittliche Schuldenvolumen von rund 115.000 Euro für gescheiterte Immobilienfinanzierungen, die das Statistische Bundesamt im Oktober 2008 veröffentlicht hat, ergibt sich für 2008 ein Schadenspotenzial von maximal rund 44 Milliarden Euro (2007: 41 Mrd. Euro).

Fallende Immobilienpreise: Rückwirkungen auf Konsum und Wirtschaftswachstum

Generell gilt aber: Die Effekte von fallenden Immobilienpreisen ziehen nicht nur die Finanzmärkte in Mitleidenschaft, wie auch eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IWD, Köln) zeigt. Sinkende Immobilienpreise haben aufgrund des Vermögenseffektes auch negative Auswirkungen auf den Konsum. Denn sinken die Werte für Grundbesitz und Eigenheime, fühlen sich die Eigentümer weniger reich und drosseln oft ihre Ausgaben – was dann das Wirtschaftswachstum leiden lässt. Das Hauptproblem sind daher eher die mittelbaren Folgen, die sich letztlich aus der US-amerikanischen Immobilienkrise ableiten lassen.

Direkte Verluste für deutsche Anleger eher gering

Die aktuellen Verwerfungen auf den Finanz- und Kreditmärkten haben für den deutschen Verbraucher weniger direkte Verluste von finanziellem Vermögen zur Folge. Insgesamt verfügen die deutschen Verbraucher über rund 4,5 Billionen Euro an Festgeldern, Sparbüchern, Versicherungen, Aktien, Fonds und Zertifikaten, die über Sicherungsfonds und mittlerweile über staatliche Garantien doppelt abgesichert sind. Ausnahmen bilden hier die Verbraucher, die im Besitz von US-amerikanischen Finanzprodukten (etwa Zertifikaten von Lehman Brothers) sind und die durch den Bankrott des Kreditinstituts möglicherweise leer ausgehen werden. Schätzungen gehen davon aus, dass vom Zusammenbruch von Lehman Brothers etwa 40.000 deutsche Anleger mit einem Gesamtanlagevolumen von etwa einer Milliarde Euro betroffen sein werden.

Der Krise an den Finanzmärkten mit der Folge akuter Liquiditätsprobleme auch deutscher Banken hat zu einem Vertrauensverlust in der Bankenwelt und zu verstärkter Vorsicht im Risikomanagement geführt. Wie Untersuchungen nationaler und internationaler Banken zeigen, ist es für Unternehmen mit schwacher Bonität schwieriger und auch teurer geworden, Kredite zu erhalten. Gleiches gilt für Konsumentenkredite. Dies ist weniger eine „Panikreaktion“ der Banken, sondern hängt vielmehr mit den strengeren Eigenkapitalvorschriften der Basel-II-Richtlinien für die Unternehmen zusammen.

Kollektiver Vertrauensverlust führt zu strengem Risikomanagement

Kreditanalysten gehen allerdings davon aus, dass derzeit noch keine Kreditklemme zu beobachten sei, da die Märkte im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise 1929 weiterhin durch die Rettungsfonds von Regierungen mit „frischem Geld“ versorgt werden. Größere Unternehmen haben bei der Kreditaufnahme kaum Probleme, da sie zumeist über entsprechende Sicherheiten verfügen. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sei es hingegen schwieriger, Kredite zu erhalten, da sie meist weniger Sicherheiten und Eigenkapital sowie eine schlechtere Bonitätsbewertung aufweisen. Die Folge: KMU erhalten entweder Kredite zu deutlich höheren Konditionen oder schlimmstenfalls keine Finanzierung. Bei Verbraucherkrediten wird Ähnliches zu beobachten sein: Die Vergaberichtlinien werden restriktiver formuliert und angewendet. Zudem werden Verbraucherkredite teurer werden, sofern nicht politisch motivierte Konjunkturprogramme eine Verteuerung verhindern.

Keine Kreditklemme, aber Erschwerung bei der Kreditvergabe für KMU und Verbraucher

Die Folgewirkungen der Immobilien- und Finanzkrise in der Realwirtschaft werden konkreter. Als erste Branchen spüren die Automobil- und Zulieferindustrie (z. B. Opel am 6. Oktober 2008) als Schlüsselindustrien und Seismographen der Konjunkturentwicklung die Kaufzurückhaltung der verunsicherten Konsumenten, die Kaufentscheidungen verschieben oder vorläufig aussetzen. Drastische Rückgänge der Auftragseingänge führen zu Werksschließungen, Kurzarbeit und weiteren Überlegungen zur Personaleinsparung. So ist davon auszugehen, dass sich die aktuellen Entwicklungen mit

Folgen in der Realwirtschaft

einem Zeitverzug von rund sechs bis zwölf Monaten in der Arbeitsmarktentwicklung zeigen werden. Die aktuelle Konjunkturprognose der führenden Wirtschaftsinstitute für die Bundesregierung geht für 2009 nur noch von einem Wirtschaftswachstum von maximal 0,2 Prozent aus. Die Arbeitslosenzahl wird 2009 stagnieren und nicht weiter zurückgehen.

2.3 Synopse: Überschuldung und Überschuldungsrisiken in den USA und Großbritannien

Unterschiedliche Definitionen und Qualitätsstandards

Die vorliegende Synopse versteht sich als Versuch, das vorhandene Defizit einer vergleichenden Analyse der Überschuldungsentwicklung auf internationaler Ebene auszugleichen. Generell ist anzumerken, dass eine Vergleichbarkeit der Daten nur begrenzt gegeben ist, da die formalen Erfassungsinstanzen sowie Qualitätsstandards bezüglich der Datenauswertung (u.a. Aktualität, Homogenität, Kontinuität) in jedem Land unterschiedlich sind. Zudem liegen für viele Staaten keine validen und aktuellen Daten zur Überschuldung der Verbraucher vor. Andere weisen nur auf Umfragen basierende (subjektive) Werte aus.⁵ Letztlich können die Daten nur Entwicklungstrends abbilden, zumal bei einigen tabellarischen Darstellungen Schätzungen und Hochrechnungen vorgenommen werden mussten.

USA zeigt erwartungsgemäß die höchste Überschuldung – ein drastischer Anstieg ist zu befürchten

Ein direkter Vergleich der Überschuldungsdaten Deutschlands, Großbritanniens und der USA zeigt, dass Überschuldung in den USA fast erwartungsgemäß am stärksten verbreitet ist. Nach überschlägigen Berechnungen können rund 35 Millionen Amerikaner als überschuldet eingestuft werden (Schuldnerquote: 14,7 Prozent). Für die nächsten Monate ist allerdings davon auszugehen, dass sich ihre Zahl nochmals drastisch erhöhen wird. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass alleine 2008 deutlich über drei Millionen Zwangsversteigerungen zu erwarten sind.

Die Situation in Großbritannien ähnelt der Überschuldungssituation in Deutschland. Die englische Auskunf-

⁵

So zum Beispiel Frankreich, wo rund 15 Prozent der Haushalte erklären, dass sie „Schwierigkeiten empfinden“, ihre Schulden bezahlen zu können. Dies entspräche rund 7 Millionen Franzosen, die als überschuldet gelten könnten.

tei Experian hatte für das Jahr 2007 erstmals eine der vorliegenden Untersuchung vergleichbare Analyse für Großbritannien vorgelegt. Ansatzpunkt bzw. Messinstrument ist der so genannte Faktor „financial stress“, mit dem das „individuelle Potenzial einer zunehmenden Überforderung mit künftigen Zahlungen“ bestimmt wird. Hierzu werden verschiedene Parameter untersucht: Anzahl von Kreditkarten und persönlichen Krediten sowie das Zahlungsverhalten. Die Klassifikation erfolgt in fünf Stufen: sehr niedriger, niedriger, mittlerer, hoher und sehr hoher finanzieller Stress. Die aggregierten Klassen hoher / sehr hoher finanzieller Stress entsprechen den vorliegenden Daten für Deutschland.

**Großbritannien: Messkonzept
„financial stress“**

Tab. 21.: Überschuldung in Deutschland, Großbritannien und in den USA 2004 bis 2008 *)

■ Schuldnerquoten	Deutschland		Großbritannien		USA	
	Quote	Personen	Quote	Personen	Quote	Personen
2004	9,74%	6,5 Mio.	7,6%	3,6 Mio.	12,7%	27,7 Mio.
2005	10,43%	7,0 Mio.	8,1%	3,9 Mio.	13,6%	30,0 Mio.
2006	10,68%	7,2 Mio.	8,3%	4,0 Mio.	13,9%	31,1 Mio.
2007	10,85%	7,3 Mio.	10,0%	4,7 Mio.	14,1%	33,1 Mio.
2008	10,11%	6,9 Mio.	10,4%	5,1 Mio.	14,7%	34,7 Mio.

*) Quellen: Deutschland: Creditreform 2004 bis 2008. GB: Schuldenreport 2006 / Experian 2007, Hochrechnungen / Schätzungen (Bezug: Personen mit hohem bis sehr hohem finanziellen Stress). USA: Schuldenreport 2006 / U.S. Census Bureau, Hochrechnungen / Schätzungen.

Demnach weisen 2008 rund 5,1 Millionen Briten (10,4 Prozent der Personen über 18 Jahre) ein hohes oder sehr hohes finanzielles Stresspotenzial auf und können in Analogie zu den deutschen Daten als überschuldet gelten. 2007 beantragten mindestens 125.000 Briten das Verbraucherinsolvenzverfahren (Deutschland: 105.3000) – Tendenz: stark steigend. Generell kann für Großbritannien davon ausgegangen werden, dass die Überschuldung im Gegensatz zur deutschen Situation 2008 nicht zurückgegangen ist und auch 2009 weiter und stärker steigen wird als in Deutschland. Dies nicht zuletzt, da die britische Wirtschaft ebenfalls von einer Immobilienkrise heimgesucht wird, zudem stärker als die deutsche in die globale Finanzkrise verstrickt ist und daher auch stärker unter den Folgewirkungen leiden wird.

**Großbritannien: Rund fünf
Millionen Briten sind über-
schuldet**

Tab. 22.: Überschuldung und „finanzieller Stress“ in Großbritannien 2007*)

■ Einwohner und Personen über 18 Jahre	Anzahl	Anteil
Einwohner	61,2 Mio.	100%
Personen über 18 Jahre	46,7 Mio.	76,3%
■ Personen mit ...		
sehr geringem und geringem finanziellen Stress	39,0 Mio.	83,6%
mit mittlerem finanziellen Stress	3,0 Mio.	6,4%
hohem bis sehr hohem finanziellen Stress	4,7 Mio.	10,0%

*) Quelle : Experian 2007 / Eigene Berechnungen.

**Großbritannien:
Alte Industriemetropolen führen
das Negativ-Ranking an**

Bei einer Detaildarstellung nach Einzelkommunen bzw. Städten zeigen sich für das Jahr 2007 Schuldnerquoten, die vergleichbar mit deutschen Schuldner-„Hotspots“ (z.B. Offenbach am Main, Duisburg) sind, aber tendenziell deutlich höher liegen. Das Negativ-Ranking führt die alte Industriemetropole Manchester mit einer Schuldnerquote von rund 29 Prozent an (rund 97.500 Schuldner), gefolgt vom schottischen Glasgow (28,5 Prozent; 130.000 Schuldner).

Tab. 23.: Die zehn Städte in Großbritannien mit dem höchsten Anteil an Personen mit „hohem und sehr hohem finanziellen Stress“ 2007

■	Personen mit „finanziellem Stress“*)	Quote
Manchester	97.500	28,74%
Glasgow, City of	130.000	28,46%
Nottingham	58.700	27,45%
Knowsley	30.400	27,35%
Middlesbrough	27.200	26,11%
Kingston upon Hull, City of	49.000	25,45%
Liverpool	82.400	23,83%
Southwark	45.500	23,78%
Tower Hamlets	37.300	22,97%
Hackney	35.500	22,76%

*) Quelle: Experian 2007. Aggregierte Anteile mit „hohem und sehr hohem finanziellen Stress“

**Weiterer Anstieg der
Überschuldung in allen
drei Ländern**

Für die nähere Zukunft ist in allen drei Ländern von einer weiteren Erhöhung (USA, GB) resp. einem Wiederanstieg (Deutschland) der Überschuldung auszugehen, nicht zuletzt wegen der noch unkalkulierbaren Folgewirkungen der Finanzkrise auf die globale und

die nationalen Wirtschaften. Um die Entwicklungsdynamik einzugrenzen, zeigt die folgende Einordnungsmatrix die Werte (2000 = 100) von sechs relevanten Indikatoren, die Entwicklungsstand und -gefahren primärer Überschuldungsauslöser und sekundärer Überschuldungsrisiken (s. hierzu auch Kapitel drei) aufzeigen können.

Tab. 24.: Eine Einordnungsmatrix: Primäre Überschuldungsauslöser und sekundäre Überschuldungsrisiken in Deutschland (DE), Großbritannien (GB) und in den USA *)

■ Indikatoren	Privatinsolvenzen			Arbeitslosigkeit			BIP zu Marktpreisen		
	DE	GB	USA	DE	GB	USA	DE	GB	USA
2004	474	158	101	131	87	138	112	118	111
2005	665	229	167	143	89	128	114	119	117
2006	931	363	49	131	100	115	119	124	122
2007	1016	361	67	112	98	115	124	128	127
2008	1064	432	271	96	100	153	128	131	128

■ Indikatoren	Inflation			Verbraucherpreise			Konsumentenkredite		
	DE	GB	USA	DE	GB	USA	DE	GB	USA
2004	129	163	79	106	105	110	106	144	132
2005	136	263	100	108	107	113	105	150	139
2006	129	288	94	110	110	117	103	166	144
2007	164	288	82	113	112	120	100	175	152
2008	236	550	124	117	117	124	100	181	158

*) Quellen: EUROSTAT. USA: American Bankruptcy Institute (ABI), U.S. Census Bureau, U.S. Department of Labor, The Federal Reserve. GB: The Insolvency Service, The Bank of England, Directgov (Website of the UK government). Normierte Werte: 2000 = 100.

Kernaussage der vorliegenden Daten zu den Überschuldungsrisiken von Verbrauchern ist, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland derzeit (noch) am besten sind. Hierfür sorgen insbesondere die insgesamt positive Situation am Arbeitsmarkt, ähnlich hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie eine deutlich geringere Abhängigkeit der Verbraucher von Konsumentenkrediten (letzteres beschrieben durch den Anteil der aufgenommenen Konsumentenkredite am verfügbaren Einkommen resp. Bruttoinlandsprodukt). Der überdurchschnittliche Wert im Bereich Privatinsolvenzen für Deutschland resultiert aus der vergleichsweise späten Einführung der Restschuldbefreiung in Deutschland und den damit verbundenen Nachholeffekten, die trotz der Rückgän-

***Situation in Deutschland
vergleichsweise stabil***

ge 2008 weiter vorhanden sein werden. In den USA und in Großbritannien kann von einem drastischen Anstieg nicht nur der Verbraucherinsolvenzen ausgegangen werden, insbesondere durch die ansteigende Anzahl an Zwangsversteigerungen.

**USA und Großbritannien:
Deutlich höhere Konsumausgaben als in Deutschland**

Hohe und wachsende Bedeutung von Konsumentenkrediten und Kreditkarten

Generell ist nochmals auf die Unterschiedlichkeit der Konsum- und Finanzkultur hinzuweisen, die alleine schon am Anteil der Konsumausgaben am Bruttoinlandsprodukt erkennbar ist. Dieser liegt nach Angaben von EUROSTAT in den USA (2008: 71,0 Prozent) deutlich über den Vergleichswerten in Großbritannien (63,9 Prozent) und der Bundesrepublik (56,1 Prozent). Die interkulturelle Unterschiedlichkeit zeigt sich aber auch in der Nutzung und Bedeutung von Konsumentenkrediten und Kreditkarten. Auffällig erscheinen hierbei die unterschiedlichen Motive bei der Aufnahme von Konsumentenkrediten, die (in Deutschland) meist dem Erwerb langlebiger Konsumgüter (u. a. Pkw, Wohnungseinrichtungen) dienen. Eine Ausnahme bilden hier die US-Bürger, die schon fast traditionell durch Konsumentenkredite Zugang zum Gesundheitswesen erhielten und erhalten. Deutsche Verbraucher finanzieren zu Konsumzwecken Beträge im Wert insgesamt von 15 Prozent ihres verfügbaren Einkommens per Kredit und damit deutlich weniger als beispielsweise die Verbraucher in den USA (24 Prozent) und Großbritannien (26 Prozent).

Tab. 25.: Konsumkredite im Verhältnis zum verfügbaren Haushaltseinkommen 2006

■ Konsumkredite im Verhältnis zum verfügbaren Haushaltseinkommen 2006	Anteile*)
Großbritannien	26 %
USA	24 %
Deutschland (2008)	15 %
Frankreich	12 %

*) Quelle: Bankenfachverband e.V. Berlin, 04/2008

Generell ist festzuhalten, dass die meisten Länder im Rahmen der sich vollziehenden Globalisierungs- und der damit verbundenen Harmonisierungstendenzen der letzten 15 Jahre eine deutliche Zunahme des priva-

ten Kreditmarktes (Kreditzugangsmöglichkeiten, Anzahl von Kreditkarten, Kundenkarten mit Kreditfunktion, eingeräumte Überziehungskredite) zu verzeichnen haben. Die Kreditausfallquoten bei Konsumentenkrediten liegen nach Angaben nationaler Bankinstitute zwischen zwei und drei Prozent (Deutschland) und bis zu sechs Prozent (USA, GB). Überträgt man diese Ausfallquoten auf das Gesamtvolumen für Kredite an Privatpersonen (einschließlich Wohnungsbaukrediten), liegt die Schadenssumme in Deutschland auch 2008 zwischen 25 und 30 Milliarden Euro, die durch die Zahlungsunfähigkeit der Kreditnehmer entstehen werden. Alleine bei den Konsumentenkrediten kann in diesem Jahr wieder von einem Schaden von rund sieben Milliarden Euro ausgegangen werden. In Großbritannien liegt das Schadenspotenzial bei rund 17 Milliarden Euro und in den USA bei rund 200 Milliarden Euro.

Kreditausfallquoten liegen zwischen drei bis sechs Prozent

Tab. 26.: Ausfallquoten und -volumina von Konsumkrediten 2008 *)

■	Konsumkreditvolumen in Euro	Ausfallquote	Ausfallvolumen in Euro
Deutschland	223 Mrd.	2 bis 3%	7 Mrd.
Großbritannien	298 Mrd.	5 bis 6%	17 Mrd.
USA	3.300 Mrd.	mehr als 6%	> 198 Mrd.

*) Quellen Deutschland: Bankenfachverband e.V. Berlin, 04/2008 / Deutsche Bundesbank – Eurosystem, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland 2002 – 2006, Januar 2008; Eigene Recherchen (Wert für 2008: Quartalswert Juni 2008; Eigene Hochrechnung). GB / USA: Bank of England, Federal Reserve (Wert für 2008: August 2008); Hochrechnungen; Währungen umgerechnet.

Generell kann für den deutschen Markt festgehalten werden, dass etwa seit 2001 eine Umstrukturierung des Konsumentenkreditwesens stattfindet. Die Bedeutung des Ratenkredits steigt kontinuierlich und beträgt 2008 rund 60 Prozent (2001: 50 Prozent) am Volumen der Konsumentenkredite. Umgekehrt sinkt die Bedeutung von Nichtratenkrediten, also von Dispositionskrediten sowie Salden auf Kreditkartenkonten, aber auch Abruf- oder Rahmenkrediten, kontinuierlich (2008: 41 Prozent / 2001: 50 Prozent).

Deutschland: Bedeutung von Ratenkrediten nimmt seit 2001 deutlich zu

Tab. 27.: Konsumentenkredite nach Kredit-Typ 2001 bis 2008*)

■ Konsumkredite	Volumen			Anteile	
	Konsumenten- kredite	Ratenkredite	Nicht- Ratenkredite	Ratenkredite	Nicht- Ratenkredite
2001	222,4 Mrd. €	110,7 Mrd. €	111,7 Mrd. €	49,8%	50,2%
2002	224,3 Mrd. €	114,3 Mrd. €	110,0 Mrd. €	51,0%	49,0%
2003	230,9 Mrd. €	118,6 Mrd. €	112,3 Mrd. €	51,4%	48,6%
2004	236,9 Mrd. €	129,2 Mrd. €	107,7 Mrd. €	54,5%	45,5%
2005	234,0 Mrd. €	130,1 Mrd. €	103,9 Mrd. €	55,6%	44,4%
2006	228,4 Mrd. €	130,6 Mrd. €	97,8 Mrd. €	57,2%	42,8%
2007	223,7 Mrd. €	129,3 Mrd. €	94,4 Mrd. €	57,8%	42,2%
2008	222,5 Mrd. €	130,6 Mrd. €	91,9 Mrd. €	58,7%	41,3%

*) Quelle: Bankenfachverband e.V. Berlin, 04/2008 / Deutsche Bundesbank – Eurosystem, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland 2002 – 2006, Januar 2008 (Wert für 2008: Quartalswert Juni 2008; Eigene Hochrechnung).

Kreditkarte: Praktisches Zahlungsmittel und eigenständiges Kreditinstrument

Die Kreditkarte gewinnt dabei auch im europäischen Raum immer mehr an Bedeutung, auch wenn diese eine andere Funktion und Bedeutung einnimmt als in den USA und Großbritannien. Hier stellt die Kreditkarte ein eigenständiges Zahlungsmittel dar, das nicht wie in Zentraleuropa an ein Girokonto gekoppelt ist und höchstens einen Überziehungskredit (Dispositionskredit) zulässt. US-Amerikaner und Engländer nutzen Kreditkarten zum Teil in Notsituationen (z.B. bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit) oder für existenzsichernde Ausgaben wie Lebensmittelkosten oder für Arztrechnungen. Hierdurch erfüllt die Kreditkarte in den USA und Großbritannien vorübergehend Funktionen des schwach ausgeprägten Gesundheits- und Sozialwesens und verschiebt somit die Offenlegung des tatsächlichen Überschuldungszeitpunktes und verschlimmert damit die Schwere des Überschuldungsfalles. Diese Dimension ist auf deutsche Verhältnisse nicht übertragbar, da Kreditkarten hierzulande auch aufgrund der Dominanz der EC-Karte (ohne Kreditfunktion) nur vergleichsweise geringe Nutzungsquoten aufweisen (2002: 5 Prozent bei Zahlungen im Einzelhandel).

USA: 75 Prozent aller amerikanischen Haushalte besitzen eine Kreditkarte

Nach Angaben des Fed (Federal Reserve System; Stand: April 2008) besitzen rund 75 Prozent aller amerikanischen Haushalte mindestens eine Kreditkarte.

Anfang der achtziger Jahre waren es noch weniger als die Hälfte (43 Prozent). Vor allem unter ärmeren Familien sind Kreditkarten nun viel weiter verbreitet als vor einem Vierteljahrhundert. Der Anteil von Familien mit mindestens einer Kreditkarte im unteren Fünftel der Einkommensverteilung stieg während dieser Zeit von 11 auf 37 Prozent.

Der durchschnittliche Darlehensbetrag amerikanischer Kreditkarten-Nutzer liegt zurzeit bei rund 1.700 Dollar – das Gesamtvolumen aller Kreditkartenschulden in den USA beträgt zurzeit rund 950 Milliarden Dollar. Von dieser Summe wurden im August 2008 von den Banken rund sieben Prozent als „uneinbringlich“ abgeschrieben, was einem Wert von rund 65 Milliarden Dollar entspricht (Ausfallquote August 2007: 4,6 Prozent; 44 Milliarden Dollar) – Tendenz weiterhin deutlich steigend. Für Mitte 2008 soll das Ausfallvolumen angesichts steigender Arbeitslosigkeit auf rund 81 Milliarden Dollar steigen (8,5 Prozent) – angesichts der derzeitigen Krisendynamik eine eher optimistische Schätzung. Zumal sich auch bei den Kreditkarten wiederholt, was zum „Kollaps des Marktes für zweitklassige Hypothekendarlehen“ führte, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (23.10.2008) formuliert: „eine Aufweichung der Darlehenstandards und eine aggressive Expansionspolitik der Kreditkartengesellschaften, die viele Kunden zu einer höheren Verschuldung ermuntert haben.“ Zudem verfügen die Kreditkartengesellschaften im Gegensatz zu den Hypothekendarlehen über keine Sicherheiten, wo zumindest die Immobilie als Kreditschutz dienen konnte.

USA: Deutlicher Anstieg der Kreditkartenausfallquoten – Schadensvolumen 2008: Rund 65 Milliarden Dollar

Hauptgründe: „Aufweichung der Darlehenstandards und eine aggressive Expansionspolitik der Kreditkartengesellschaften“

■ 3 **Überschuldungsrisiken im konjunkturellen Umfeld**

2006 / 2008: Robuste Konjunkturentwicklung senkt Überschuldungsrisiko

Die überaus robuste Konjunkturentwicklung der deutschen Wirtschaft seit Mitte 2006 hat (jenseits der globalen Finanzkrise) entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Überschuldungssituation in Deutschland verbessert hat (s. auch Kapitel 1). Insbesondere der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit (als einem Hauptauslöser von Überschuldung) hat mit einem zeitlichen Verzug von etwa zwei Jahren dazu geführt, dass 2008 ein spürbarer Rückgang der Überschuldung zu verzeichnen war. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine dauerhafte und nachhaltige Entspannungsphase eingetreten ist. Dies gilt insbesondere, da neben den Unabwägbarkeiten der Immobilienkrise mit der einhergehenden psychologischen Verunsicherung auch weitere Effekte zu berücksichtigen sind.

Sekundäre Überschuldungsauslöser und Verschuldungsverstärker

Zum Ersten machten sich schon Ende 2007 erste Anzeichen einer konjunkturellen Abkühlung bemerkbar, die mit (zunächst nur vorübergehend) deutlich steigenden Energiekosten und damit einhergehenden Lebenshaltungskosten verbunden sind. Zum Zweiten muss davon ausgegangen werden, dass neben den primären Überschuldungsauslösern (Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, Scheidung, Konsumverhalten) in den nächsten Jahren weitere „Verschuldungsverstärker“ resp. sekundäre Überschuldungsauslöser stärker als bislang Einfluss auf die Überschuldungsentwicklung nehmen werden. Hierzu gehören die Lebenshaltungskosten (Verbraucher- und Lebensmittelpreise) im Allgemeinen und Energiepreise (Kosten für Energie und Mobilität) im Speziellen. Dies gilt besonders, da sich die durchschnittlichen Einkommen der Haushalte in den letzten Jahren nur leicht erhöht haben (s. hierzu auch SchuldnerAtlas Deutschland 2007).

3.1 Inflation, Energiekrise und steigende Lebenshaltungskosten

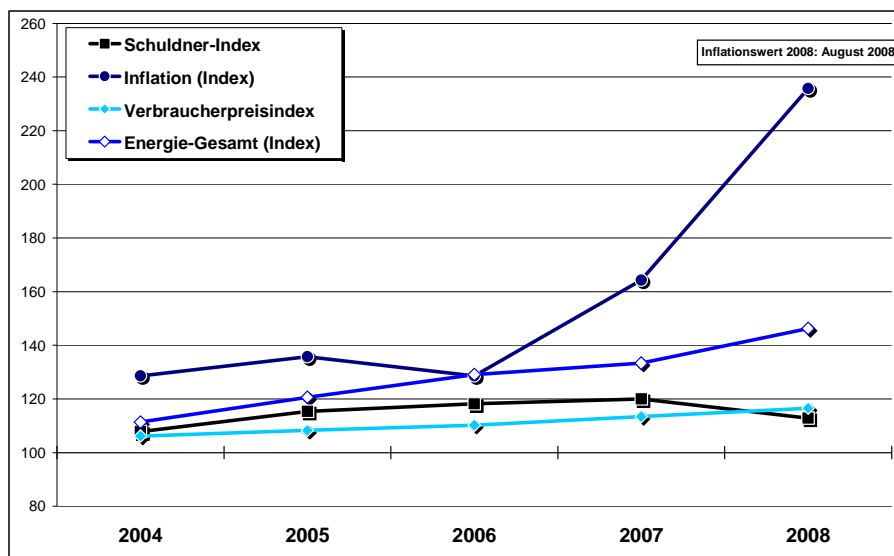
Die konjunkturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für die deutschen Verbraucher haben sich in den letzten zwölf Monaten rapide verschlechtert. So sind die Lebenshaltungskosten seit Ende 2007 im Allgemeinen sowie die Energiekosten im Speziellen deutlich angestiegen („Energiepreisexplosion“). Zudem hat die Inflationsrate insbesondere wegen der enormen Preissteigerungen bei Energie eine Rekordhöhe erreicht, die im Sommer 2008 zu einer „Inflationspanik“ führte. Alle drei Faktoren verringern die den Verbrauchern zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen zur Lebensführung – und erhöhen gerade bei Geringverdienern die Gefahr einer Verschuldung.

So hat der Wirtschaftsstatistiker Hans Wolfgang Brächinger (Universität Fribourg, Schweiz) berechnet, dass die Inflationsbelastung eines Haushalts vom verfügbaren Einkommen abhängt. Der Anteil der Ausgaben für Konsum sinkt mit wachsendem Einkommen: Wer weniger als 900 Euro netto im Monat zur Verfügung hat, gibt 111 Prozent für Konsum aus – er muss also entweder Ersparnisse angreifen oder Schulden aufnehmen. Wer dagegen ein Einkommen von mehr als 10.000 Euro im Monat netto hat, gibt höchstens 45 Prozent davon für Konsum aus. Umgekehrt verhält es sich mit der Sparquote: Wer mehr Geld verdient, kann entsprechend mehr zur Seite legen. Bei einem Nettoeinkommen unter 1.500 Euro wird praktisch nichts mehr gespart. Wenn aber gerade häufig gekaufte Waren teurer werden, muss ein immer größerer Teil des verfügbaren Einkommens für die normale Lebenshaltung ausgegeben werden. Der Anteil des Nettoeinkommens, der allein für Lebensmittel, Wohnen und Energie ausgegeben wird, steigt mit sinkendem Einkommen von 36 auf fast 60 Prozent. Die Folge: Für Geringverdiener ist das bisherige Lebenshaltungsniveau nicht mehr zu halten. Auch wenn viele Verbraucher mit Konsumzurückhaltung reagieren, steigt die Gefahr einer Verschuldung und in Folge einer Überschuldung deutlich an.

Verbraucher zwischen Energiepreisexplosion und Inflationspanik

Inflationsbelastung hängt vom Einkommen ab

Tab. 28.: Entwicklung von Überschuldung, Inflation, Verbraucherpreisen und Energiekosten 2004 bis 2008*)



*) Quellen: EUROSTAT / DESTATIS. Werte für Inflation 2008 = August 2008. Werte für Verbraucherpreise und Energiepreise: Mittelwerte für Januar bis August 2008. Normierte Werte: 2000 = 100.

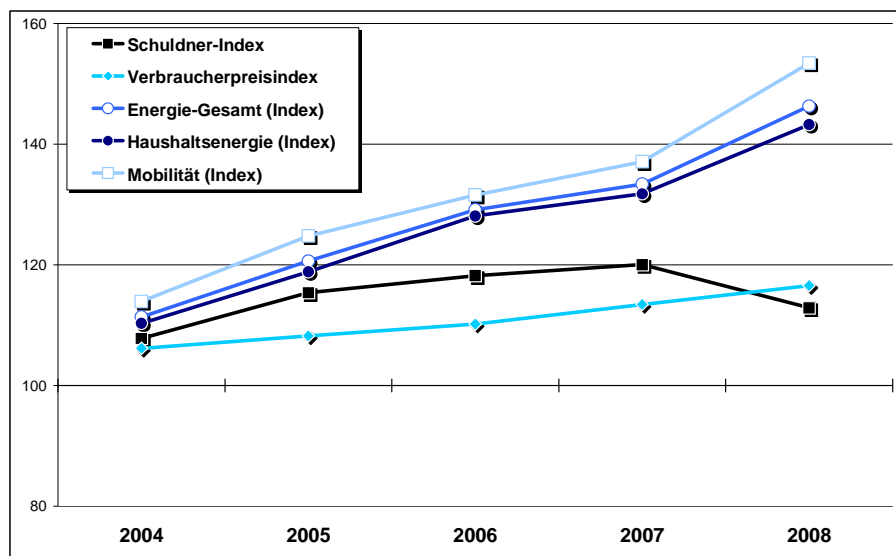
**25 Milliarden Euro
Kaufkraftverlust
durch Energiepreisanstieg**

Ähnliches gilt auch für die drastische Entwicklung der Energiekosten (also für Haushaltsenergie mit den Energieträgern Steinkohle, Braunkohle, Erdgas, Flüssiggas, Fernwärme, leichtes Heizöl, Strom sowie für Mobilitätsenergie mit Normal-, Superbenzin, Diesel), die nach idealtypischen Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) dem deutschen Wirtschaftskreislauf bis zu 25 Milliarden Euro an Konsumkraft entzogen haben.

**Herbst 2008: Energiekosten
sinken wieder – Überschul-
dungspotenzial bleibt
bestehen**

Der Ölpreis ist nach Höhenflügen Anfang Juli 2008 (Höchststand: 143,60 Dollar pro Barrel Rohöl) zwar wieder seit Mitte Oktober deutlich rückläufig – das Potenzial als mittelbarer Überschuldungsverstärker bleibt aber bestehen, da aufgrund der zunehmenden Knappheit und ökologischen Überlegungen auch in Zukunft von wieder deutlich ansteigenden Energiepreisen auszugehen ist.

Tab. 29.: Überschuldung, Entwicklung von Verbraucherpreisen und Energiekosten 2004 bis 2008*)



*) Quelle: DESTATIS. Der Energiepreis-Gesamtindex setzt sich aus den Kostenbereichen Haushaltsenergie (für Steinkohle, Braunkohle, Erdgas, Flüssiggas, Fernwärme, leichtes Heizöl, Strom) sowie Mobilität (für Normal-, Superbenzin; Diesel) zusammen. Werte für 2008 = Mittelwerte Januar bis Juli 2008. Normierte Werte: 2000 = 100.

Tab. 30.: Finanzielle Mehrbelastungen der bundesdeutschen Haushalte durch steigende Energie- bzw. Ölpreiskosten

■ Mittlere Mehrbelastungen gegenüber dem Ölpreis von Dezember 2007 (91 \$ je Barrel)	Gesamtvolumen	Pro Haushalte	
		je Jahr	je Monat
bei einem mittleren Ölpreis von 132 \$ je Barrel	25 Mrd. €	620 €	52 €
bei einem mittleren Ölpreis von 170 \$ je Barrel	51 Mrd. €	1.280 €	107 €
bei einem mittleren Ölpreis von 200 \$ je Barrel	68 Mrd. €	1.700 €	142 €

*) Quelle: Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) / Eigene Hochrechnungen

Auch bei der Analyse der steigenden Energiekosten zeigt sich, dass insbesondere Haushalte unterer Einkommensstufen betroffen sind bzw. sein werden (s. Energiekostenbelastungsindex). Bei einem mittleren Ölpreis von 132 Dollar je Barrel entspräche dies einer Mehrbelastung eines Haushaltes von rund 620 Euro pro Jahr, die sich auf 1.700 Euro erhöhen würde, wenn der Ölpreis auf 200 Dollar je Barrel steigen würde.

Tab. 31.: Finanzielle Mehrbelastungen der bundesdeutschen Haushalte durch steigende Rohölpreiskosten – Eine idealtypische Berechnung nach Haushaltseinkommenstyp

■ Verfügbares Haushalts- netto-Jahresein- kommen nach Einkom- mensstufe (Mittelwerte)		Energiekosten	Mehrbelastungen pro Jahr bei einem Ölpreis von			Energiekosten- Belastungsindex
		bei	Szenarien			
		Ölpreis = 91 \$ (Dezember 2007)	132 \$ (Juni 2008)	170 \$	200 \$	
unterste	14.100 €	1.600 €	400 €	800 €	1.100 €	144
untere	22.600 €	2.100 €	600 €	1.100 €	1.500 €	119
mittlere	31.800 €	2.500 €	600 €	1.300 €	1.700 €	99
obere	44.900 €	2.800 €	700 €	1.500 €	2.000 €	80
oberste	76.200 €	3.500 €	800 €	1.700 €	2.200 €	58
Mittelwert	37.900 €	2.500 €	620 €	1.280 €	1.700 €	00

*) Quelle: Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) / Eigene Hochrechnungen

Steigende Energiekosten belasten Wirtschaft und Verbraucher drastisch

Fazit: Auch wenn sich die Situation an den Energiemärkten wieder deutlich entspannt hat, ist die Bedeutung langfristig hoher Energie- und Lebenshaltungskosten für die Verschuldungs- und Überschuldungsentwicklung nicht zu unterschätzen. Dies gilt besonders, da auch Staaten wie China und Indien verstärkt als Energieabnehmer auftreten und als Marktteilnehmer in die Preisbildung eingreifen. Auch das Statistische Bundesamt stellte in einer aktuellen Untersuchung zur „Wirkung eines Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf die deutsche Wirtschaft“ fest: „In der Vergangenheit hatten Änderungen des Ölpreises meist den Charakter von vorübergehenden Schocks. Wegen der anhaltend kräftigen Nachfragesteigerungen nach Öl und Gas aus den asiatischen Schwellenländern und der gleichzeitig zu erwartenden Verknappungen des Angebots durch schrumpfende Reserven ist für die Zukunft mit dauerhaften Preissteigerungen bei Öl und Gas zu rechnen. [...] Für die privaten Haushalte ergeben sich große Probleme, weil sich die Energieversorgung der Wohnungen im Durchschnitt um 13,7 Prozent, der Betrieb von Fahrzeugen um 10,7 Prozent und die Nutzung von Verkehrsdienstleistungen um 9,5 Prozent verteuern [...]“

3.2 Prekäre Arbeit, Altersarmut und Überalterung der Gesellschaft

Die Verteilung des sozioökonomischen Reichtums und Wohlstands (u.a. Einkommen, Bildungschancen) in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich verändert. Dies zeigen aktuelle Veröffentlichungen (z.B. OECD, Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD Ländern vom 20. Oktober 2008) wie auch die kontinuierlichen Analysen der Bundesregierung zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die ihren 3. Bericht zur sozialen Lage im Frühsommer 2008 vorgelegt hat. Kernthemen sind zumeist die Auswirkungen eines zunehmenden Niedriglohnssektors und Einkommenspolarisierung auf die Wohlstandsentwicklung in Deutschland (und anderen Staaten). Allen Studien gemein ist, dass sie meist nur mit einem zeitlichen Verzug auf Daten zurückgreifen können.

So veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im März 2008 eine Studie zur Verschiebung des sozialen Gleichgewichts in Deutschland mit Datenstand 2005. Der Befund: Der Anteil der Bürger aus der Mittelschicht⁶ hat sich innerhalb von sechs Jahren von 62 Prozent (2000) auf 54 Prozent (2006) verringert (- 8 Prozentpunkte). Spiegelbildlich ist der Anteil der Bürger mit extrem niedrigen (+ 6 Prozentpunkte) und extrem hohem Einkommen (+ 2 Prozentpunkte) gestiegen. Conclusio: Die Mittelschicht als ein wesentlicher Stützpfeiler der sozialen Marktwirtschaft erodiert – und das, wie der Spiegel konstatiert, „in einem atemberaubenden Tempo“.

Fünf Monate später legen die Autoren im September 2008 eine aktualisierte Studie vor, die aufzeigt, dass 2006 „die Ungleichheit bei der Verteilung der Markteinkommen [...] erstmals seit dem Mauerfall zurückgegangen“ sei. Die Folge: Die konjunkturelle Erholung seit 2006 hat das Armutsrisiko erstmals seit der Jahrtausendwende wieder sinken lassen. Optimistisch

***Daten der Armutsdebatte
hinken oft zeitlich hinterher***

***Studien im
„Aktualitätsdilemma“***

***Das Armutsrisiko sinkt:
Dauerhaft oder
vorübergehend?***

⁶ Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt definiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) statistisch als „Mittelschicht“ die Bevölkerungsgruppe mit einem Nettoeinkommen zwischen 70 und 150 Prozent des Medians der privaten Haushaltsrealeinkommen. Im Jahre 2006 lag dieser Einkommensmedian knapp über 16.000 Euro.

schlussfolgern die Autoren: „Mehr als eine Million Menschen sind nach den hochgerechneten SOEP-Daten nicht länger vom Armutsrisiko betroffen.“ Dennoch relativieren die Autoren die Mut machenden Ergebnisse im Fazit ihrer Studie: „Die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung dürfte die Entwicklung der real verfügbaren Einkommen wieder dämpfen. Möglicherweise ist der Trend zunehmender Einkommensungleichheit und steigenden Armutsrisikos nur kurz unterbrochen worden.“

Tab. 32.: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland 1992 bis 2007*)

■	1992	2000	2007
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Prozent aller Erwerbstätigen	77,1%	71,1%	68,0%
Veränderung in Prozentpunkten	1992-2000: - 6,0	2000-2007: - 3,1	1991-2007: - 9,1

*) Quelle: Destatis / Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Tab. 33.: Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland 1995 bis 2006*)

■	1995	2000	2004	2006
Niedriglohnbeschäftigte in Prozent aller abhängig Beschäftigten	15,0%	17,5%	20,1%	22,2%
Veränderung in Prozentpunkten	1995-2000: + 2,5	2000-2004: + 2,6	2004-2006: + 2,1	1995-2006: + 7,2

*) Quelle: IAQ-Report 2008-01.

**Stabiler Trend:
Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu**

Dieser letzten, eher zurückhaltenden Einschätzung ist zuzustimmen, zumal sich in den vergangenen 15 Jahren einige deutliche Strukturänderungen im deutschen Beschäftigungsmarkt ergeben haben. Diese hatten nachhaltigen Einfluss auf die Einkommens- und damit auch auf die Überschuldungsentwicklung in Deutschland und werden ihn weiterhin haben, da die meisten Entwicklungen nur schwer reversibel sind und dem Trend zu „prekärer Beschäftigung“ entsprechen. Diese wird nach Angaben des Statistischen Bundesamts wie folgt definiert: „Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnis und/oder geringfügige Beschäftigung“.

So hat der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (1992 bis 2007: - 9,1 Prozentpunkte) deutlich abgenommen und der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten hat fast ebenso stark zugenommen (1995 bis 2006: + 7,2 Prozentpunkte). Zudem hat sich der Anteil von Teilzeitbeschäftigten in Deutschland zwischen 1991 und 2007 um rund 18 Prozentpunkte erhöht. Und die Beschäftigungsform Selbstständigkeit konnte zwischen 1991 und 2006 einen Anstieg um rund 68 Prozent auf rund 2,3 Millionen Personen verzeichnen.

Tab. 34.: Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung in Deutschland 1991 bis 2007*)

■	1991	2000	2007
Teilzeitquoten in Prozent aller Beschäftigten	15,7%	27,2%	33,5%
Veränderung in Prozentpunkten	1991-2000: + 11,5	2000-2007: + 6,3	1991-2007: + 17,8

*) Quelle: Destatis / Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Das Statistische Bundesamt schreibt im September 2008 zusammenfassend unter dem Titel „Atypische Beschäftigungsverhältnisse“: „Zwischen 1997 und 2007 sind 1,06 Millionen mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse entstanden als im Saldo Normalarbeitsverhältnisse abgebaut wurden. Die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse ist in diesem Zeitraum sogar um 1,53 Millionen gesunken. 1997 lag sie noch bei rund 24,0 Millionen, hielt sich bis 2001 knapp auf diesem Niveau und begann dann stärker zu sinken. 2005 wurde ein Tief mit 22,1 Millionen erreicht. Bis 2007 ist sie wieder auf 22,5 Millionen gestiegen. Demgegenüber hat die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1997 und 2007 um 2,58 Millionen zugenommen. Diese Veränderung hat schrittweise und unterschiedlich ausgeprägt stattgefunden, ohne dass es Anzeichen einer gegenläufigen Entwicklung gab.“

Eine aktuelle OECD-Studie (21.10.2008) stellt ebenso fest: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land. Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 übertraf jeden in den gesamten vorherigen 15 Jahren (1985 – 2000). [...] Die steigende

Deutschland: Einkommensungleichheit und Armut haben stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land

Ungleichheit ist arbeitsmarktinduziert. Einerseits nahm die Spreizung der Löhne und Gehälter seit 1995 drastisch zu. [...] Andererseits erhöhte sich die Anzahl der Haushalte ohne jedes Erwerbseinkommen auf 19 Prozent – den höchsten Wert innerhalb der OECD.“ Wobei zu berücksichtigen ist, dass hierunter besonders viele ältere Personen fallen.

Tab. 35.: Entwicklung der Selbstständigen in Deutschland (ohne Beschäftigte) *)

■	1991	2000	2006
Selbstständige (ohne Beschäftigte)	1,38 Mio.	1,84 Mio.	2,32 Mio.
Veränderung	1991-2000: + 33,3%	2000-2006: + 26,1%	1991-2006: + 68,1%

*) Quelle: Destatis.

Drohende Altersarmut

Zudem zeigt sich, dass sich für viele Menschen in Zukunft die Wahrscheinlichkeit erhöhen wird, von Altersarmut betroffen zu sein – aufgrund sinkender Rentenbezüge und durch die Tatsache, dass immer mehr Menschen immer älter werden. So ist davon auszugehen, dass in Zukunft immer weniger erwerbsfähige Menschen für immer mehr Menschen im nicht-erwerbsfähigen Alter Sorge zu tragen haben. Der so genannte Altenquotient steigt von 32 (2005) auf rund 52 im Jahr 2030, d.h. in Zukunft kommen auf 100 jüngere resp. erwerbsfähige Menschen mehr als 50 Menschen, die älter als 65 Jahre sind.

Tab. 36.: Entwicklung des Rentenniveaus in Deutschland 2008 bis 2040

■	2008	2010	2020	2030	2040
Monatliche Eckrente in Westdeutschland	1.182 €	1.083 €	1.069 €	1.024 €	988 €
Veränderung	2008-2010: - 8,4%	2010-2020: - 1,3%	2020-2030: - 4,2%	2030-2040: - 3,5%	2008-2040: - 16,4%

*) Quelle: Rürup-Kommission, Deutsche Rentenversicherung, Entwicklung des Rentenniveaus in heutigen Werten.

Tab. 37.: Entwicklung des Altenquotienten*) in Deutschland 1957 bis 2050

■	1957	2005	2030	2050
Altenquotient	17	32	50 bis 52	60 bis 64

*) Altenquotient = statistische Verhältnis von Menschen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter (meist ab 65 bzw. 60 Jahre) sind, zu denen im erwerbsfähigen Alter (meist ab 15 bzw. 20 Jahre bis 64 bzw. 59 Jahre).
Quelle: Statistisches Bundesamt.

So zeigt eine Analyse der Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, dass Altersarmut in Zukunft massiv zunehmen werde, da viele künftige Rentner in „absehbarer Zukunft“ (2025) nur noch eine niedrige Altersversorgung erhalten werden. Die Zeit der verhältnismäßig wohlhabenden Rentner auf der Basis langjähriger Berufstätigkeit sei bald vorbei. Dies gilt besonders im Osten Deutschlands und bei Frauen. Viele ostdeutsche Bürger haben wegen geringen Einkommens oder langer Arbeitslosigkeit keine ausreichenden Versorgungsansprüche aus Renten oder anderen Quellen aufbauen können. Dies sei erst mit einem Einkommen oberhalb eines Stundenlohns von 7,50 Euro möglich. Bei fast jedem Fünften im Osten liege der Verdienst jedoch darunter.

**2025: Rentenbezüge
sinken deutlich**

So werde die Durchschnittsrente sinken. Während von 1942 bis 1946 geborene Männer noch im Schnitt 967 Euro erhielten, würde die Durchschnittsrente der in den Jahren 1957 bis 1961 geborenen bei 820 Euro liegen. Für Frauen nennt die Analyse einen Rückgang von 820 auf 690 Euro. Für diese Personengruppen käme nur die „Grundsicherung im Alter“ in Frage. Eine Analyse der so genannten Rürup-Kommission (Kommission zur Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme) geht davon aus, dass die durchschnittlichen Rentenbezüge von 1.182 Euro in 2008 um rund 16 Prozent auf nur noch 988 Euro im Jahr 2040 sinken werden.

**Keine zusätzliche
Altersvorsorge**

3.3 Einordnung und „Blick in die Zukunft“

Die überaus kräftige Konjunktorentwicklung der deutschen Wirtschaft seit Mitte 2006 hat (jenseits der globalen Finanzkrise) entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Überschuldungssituation in Deutschland verbessert hat. Insbesondere der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit (als einem Hauptauslöser von Überschuldung) hat mit einem zeitlichen Verzug von etwa zwei Jahren dazu geführt, dass 2008 ein spürbarer Rückgang der Überschuldung zu verzeichnen war. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass Deutschland in eine dauerhafte und nachhaltige Entspannungphase eingetreten ist. Dies gilt insbesonde-

**2006 / 2008: Robuste Konjunktorentwicklung senkt
Überschuldungsrisiko**

re, da in den nächsten Jahren weitere „Verschuldungsverstärker“ resp. sekundäre Überschuldungsauslöser stärker als bislang Einfluss auf die Überschuldungsentwicklung nehmen werden. Hierzu gehören die (steigenden) Lebenshaltungskosten im Allgemeinen und Energiepreise (Kosten für Energie und Mobilität) im Speziellen. Alle drei Faktoren verringern die den Verbrauchern zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen zur Lebensführung – und erhöhen insbesondere bei Geringverdienern die Gefahr einer Verschuldung.

Gefahr einer neuen Überschuldungswelle

Für die Überschuldungssituation (nicht nur) in Deutschland ist zu befürchten, dass in den nächsten zwei Jahren eine neue Überschuldungswelle durch Deutschland rollen wird. Diese wird wiederum tendenziell auf dem Wiederanstieg der Arbeits- und Beschäftigungslosenzahlen basieren. In einer Gesamtsicht gehen Konjunktexperten davon aus, dass Deutschland, die Europäische Union und auch die amerikanische Wirtschaft in eine Phase von Rezession und Nullwachstum eintreten werden. Die aktuelle Konjunkturprognose der führenden Wirtschaftsinstitute für die Bundesregierung gehen für 2009 nur noch von einem Wirtschaftswachstum von maximal 0,2 Prozent an.

Kredit stammt von credere: „glauben, vertrauen“

Ein Grundproblem der aktuellen Krisensituation liegt darin begründet, dass ein elementares Gut des Finanzwesens – Vertrauen – verspielt worden ist, das dem Begriff Kredit der lateinischen Herkunft nach innewohnt. Kredit stammt von credere ab und bedeutet „glauben, vertrauen“. Kredite sind im unternehmerischen Bereich eine wesentliche Basis für Innovationen und Fortentwicklung. Hauptausgangspunkt der weiteren Überschuldungsentwicklung sind die konjunkturellen Folge- und Nebenwirkungen, die durch die psychologische Verunsicherung („Angst vor der Angst“ / „Teufelskreis des Misstrauens“) der gesamten Weltwirtschaft durch die globale Finanzkrise zu Tage treten werden. Der Vertrauensverlust im Finanz- und Wirtschaftssystem, die damit einhergehende Kreditzurückhaltung der Banken und die Konsumunlust von Verbrauchern, die sich vor dem Hintergrund der zyklischen Wellenbewegungen der Weltökonomie und ten-

Psychologische Verunsicherung durch Vertrauensverlust

denziell steigenden Energie- und Rohstoffpreiserhöhungen entfalten, werden 2009 zu einem deutlichen Rückgang der BIP-Wachstumsraten und damit zu einem Stillstand beim Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Die Folge: Die Überschuldung der Verbraucher wird wieder steigen.

Dennoch gilt auch für die Krise der Finanzwirtschaft, dass jeder Krise auch die Chance für einen Neuanfang und eine Neuorientierung innewohnt. Diese gilt es nun zu erkennen und zu nutzen. Der SchuldnerAtlas Deutschland kann hierbei als sozioökonomischer Seismograph beitragen, Folgewirkungen der Finanzkrise in Form sozialer Destabilisierungsprozesse auch in Deutschland kleinräumig und zugleich zeitnah zu bestimmen. Die regelmäßig gemessenen Schuldnerquoten können in dieser Sichtweise (neben der Analyse weiterer Daten beispielsweise zu Arbeitslosigkeit und Sozialtransfers) zur Identifikation von (mikro-)ökonomischen Problemzonen und sozialen Brennpunkten eingesetzt werden.

***Krise: Bedrohung
und Chance zugleich***

***Schuldnerquote:
Sozioökonomischer Indikator
und sozialpolitischer
Seismograph***

■ 4 Zusammenfassung

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland hat im Vergleich zum Vorjahr spürbar abgenommen. Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2008 eine Schuldnerquote von 10,11 Prozent gemessen. Damit sind rund 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Im Vergleich zu 2007 hat sich die Anzahl an Schuldnern um rund 470.000 Personen verringert (- 6,4 Prozent).

Die Schuldnerquote liegt 2008 in den neuen Bundesländern (10,30 Prozent, ohne Berlin) nur noch geringfügig höher als im Westen Deutschlands (10,07 Prozent). Zudem hat die Überschuldung im Osten Deutschlands stärker abgenommen (- 1,20 Prozentpunkte) als im Westen (- 0,61 Prozentpunkte). Insgesamt sind 2008 im Osten Deutschlands rund 1,17 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Westen sind es rund 5,70 Millionen Personen.

Der nominelle Rückgang der Schuldnerquote ist weitestgehend auf diejenigen Personengruppen zurückzuführen, die durch die Wiederaufnahme von Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen des Konjunkturaufschwungs seit 2006 in die Lage versetzt wurden, ihren Schuldendiensten nachzukommen bzw. diese abzubauen. Allerdings zeigen die Daten auch, dass diejenigen Personen, die weiterhin überschuldet sind, mehr und weitere Überschuldungsindikatoren aufweisen. Man kann vereinfacht formuliert von einer individuellen Überschuldungsverdichtung resp. Erhöhung und Verhärtung der Verbindlichkeitsstrukturen sprechen.

Alle Bundesländer weisen 2008 einen Rückgang der Schuldnerquoten auf. Im positiven Sinne führend sind 2008, wie in den Vorjahren, Bayern mit 7,28 Prozent (Verbesserung: - 0,51 Prozentpunkte) vor Baden-Württemberg mit 7,65 Prozent (- 0,49 Prozentpunkte) und Sachsen mit 9,10 Prozent (- 0,91) auf Platz Drei. Sachsen verbessert sich von den drei führenden Bundesländern am deutlichsten und überdurchschnittlich. Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen

(14,72 Prozent; - 0,78 Prozentpunkte), Berlin (13,96 Prozent; - 1,29) und Sachsen-Anhalt (12,40 Prozent; - 1,33), wobei sich Berlin und Sachsen-Anhalt deutlich überdurchschnittlich verbessern.

2008 zeigen zudem die Insolvenzstatistiken erstmals seit Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens 1999 / 2001, dass weniger Privatpersonen Insolvenz anmeldeten als in einem Vorjahr. Die Gründe liegen hierfür aber weniger in einem realen Rückgang des Bedarfs als vielmehr in einer Überlastung der Schuldnerberatungsstellen und Kürzungen bei den Beratungsmaßnahmen.

Die Entspannung der Überschuldungssituation erfasst 2008 alle gesellschaftlichen Milieus. Ausnahmen bilden nur diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die als ökonomisch Unterprivilegierte und aufgrund ihrer starken Fixierung auf meist kreditfinanzierten Statuskonsum (nach MOSAIC Milieus[®] so genannte „Konsum-Materialisten“) in weitere Überschuldungsprozesse geraten oder als „Aufschwung-Verlierer“ nicht von der konjunkturellen Erholung der letzten Jahre in Form verbesserter Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten profitieren können („DDR-Nostalgische“).

Ein direkter Vergleich der Überschuldungsdaten zwischen Deutschland, Großbritannien und den USA zeigt (auch dank einer deutlich unterschiedlich ausgeprägten Konsum- und Kreditnutzungskultur), dass Überschuldung in den USA fast erwartungsgemäß am stärksten verbreitet ist. Nach überschlägigen Berechnungen können rund 35 Millionen Amerikaner als überschuldet eingestuft werden (Schuldnerquote: 14,7 Prozent). Für die nächsten Monate ist davon auszugehen, dass sich ihre Zahl nochmals drastisch erhöhen wird. Nicht zuletzt, da allein 2008 deutlich über drei Millionen Zwangsversteigerungen zu erwarten sind.

In Großbritannien können 2008 rund 5,1 Millionen Briten (10,4 Prozent der Personen über 18 Jahre) als überschuldet angesehen werden. Allerdings ist die Überschuldung im Gegensatz zur deutschen Situation

2008 nicht zurückgegangen und wird auch 2009 weiter und stärker steigen als in Deutschland.

Für die nächsten zwei Jahre ist zu befürchten, dass eine neue Überschuldungswelle durch Deutschland rollen wird. Diese wird wiederum tendenziell auf dem Wiederanstieg der Arbeits- und Beschäftigungslosenzahlen basieren, da Deutschland, die Europäische Union und insbesondere auch die amerikanische Wirtschaft in eine Phase von Rezession und oder zumindest Nullwachstum eintreten werden.

Quellen

Bankenfachverband e.V. Berlin (04/2008): Finanzierung 2007, Jahresbericht, Berlin, April 2008

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, Entwicklung und Struktur 2000 bis 2007, Nürnberg 2007

Deutsche Bundesbank – Eurosystem, Bankenstatistik September 2008, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 1, Nr. 09/2008, Frankfurt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 10/2008, 05.03.008, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, S. 101-114

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 38/2008, 17.09.2008, Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit, S. 556-566

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 38/2008, 17.09.2008, Jahrelanger Trend zunehmender Lohnspreizung gestoppt, S. 566-570

IAQ-Report 2008-01, Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen

iff-Überschuldungsreport 2008, Private Überschuldung in Deutschland, Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (Hrsg.), Hamburg

Schuldenreport 2006, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der EKD und Verbraucherzentrale Bundesverband (Hg.), Schriftenreihe der Verbraucherzentrale Bundesverband zur Verbraucherpolitik, Band 7

Statistisches Bundesamt, Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 10/2007, S. 948-959

Statistisches Bundesamt, Überschuldung privater Personen und Verbraucher-Insolvenzen, Oktober 2008, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Wirkung eines Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf die deutsche Wirtschaft, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2/2008, S. 173-176

Statistisches Bundesamt, Preise, Daten zur Energiepreisentwicklung, Lange Reihen von Januar 2000 bis Juli 2008, Fachserie 17 – Reihe 2, August 2008, Wiesbaden

Neuss, 4. November 2008

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen

Datenmaterial und Karten:

CEG Creditreform Consumer GmbH

Hellersbergstraße 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hellersbergstraße 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2008, Verband der Vereine Creditreform e.V.,

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.